

BLICKPUNKT BUNDESTAG



September 6/2004
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

Besucher im Bundestag
Roter Teppich für das Volk



**Sonderthema: Interparlamentarische
Zusammenarbeit**

EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist keine Natter, keine Viper und auch keine Boa, dennoch ist sie die **berühmteste Schlange der Republik**. Mal schlängelt sie von rechts nach vorn, manchmal auch von links, meist aber ganz zielstrebig geradeaus vom Platz der Republik über die Vortreppe des Westportals zum immer gleichen Ziel, dem Reichstagsgebäude. Bei Sonne, Wind und auch bei Regen warten die Besucherinnen und Besucher geduldig darauf, den Blick von der gläsernen Kuppel auf Berlin und in den Plenarsaal richten zu können.

Fast **zwölf Millionen Besucher** haben das Gebäude seit 1999 besucht und besichtigt, haben von der Besuchertribüne aus die Debatten verfolgt oder an sitzungsfreien Tagen den Erläuterungen des Besucherdienstes gelauscht. Kein Gebäude ist so beliebt wie der Sitz des Parlaments. Blickpunkt Bundestag fragte die Besucher nach ihren Eindrücken und berichtet, wie der Besucherdienst die „Schlange beschwört“ und mit dem Sicherungsdienst des Parlaments zusammen alles so organisiert, dass der Besuch im Parlament zum Erlebnis wird.

Er sitzt meist in der ersten Reihe, hört zu, liest Akten, kommentiert die Beiträge der politischen Gegner, ergreift bei wichtigen Debatten das Wort, tritt hinterher vor die Presse. Sein Wort wiegt, wird gehört und in der Presse kommentiert. **Franz Müntefering**, der Vorsitzende der SPD-Fraktion. So kennt ihn jeder von den Fernsehübertragungen der Plenarsitzungen und so kennt man ebenso seine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen: Angela Merkel von der CDU/CSU-Fraktion, Katrin Göring-Eckardt und Krista Sager von Bündnis 90/Die Grünen und Guido Westerwelle von der FDP. Blickpunkt Bundestag begleitet die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages jeweils einen Tag lang, um zu erfahren, wie die Fraktionschefs arbeiten, was sie denken, wie sie ihren Job verstehen. Die Serie erscheint in loser Folge.

Die Europäische Verfassung liegt jetzt unterschiftsreif in den Mitgliedsländern der Europäischen Union vor. In manchen Ländern wie Großbritannien und Frankreich wird darüber vom Volk direkt entschieden, in den meisten anderen stimmt das Parlament darüber ab, manche Politiker fordern eine **europaweite Volksabstimmung**. Wie sieht die Diskussion in der Bundesrepublik aus? Die Argumente pro und contra Volksentscheid finden Sie im Forum „EU-Verfassung und Volksentscheid“.

I N H A L T



Titelfoto: Besucher vor dem Reichstagsgebäude.

Titel

- 4 Roter Teppich für das Volk
Besucher im Bundestag



Fraktionsvorsitzende

- 10 Größter Wunsch:
Mehr Zeit
Franz Müntefering, SPD



Details im Bundestag

- 14 Der Adler

Cullens Reichstag

- 16 Ein Platz mit vielen Namen

Sonderthema

Interparlamentarische Zusammenarbeit

- 18 Partner in über 160 Ländern
20 Vom Ausland lernen
24 Interparlamentarische
Gremien
31 Austausch- und
Praktikumsprogramme
32 Infos zum Thema

Menschen im Bundestag

- 33 Für die Augen ein Fest,
für den Kopf eine
Herausforderung
Die Bundestagsmitarbeiterin
Monika Hein

Debatte

- 36 Welche Stimme zählt?
Forum: EU-Verfassung und
Volksentscheid
42 Schicksalsbuch oder
Luftschloss?
Streitgespräch: Haushalt

Panorama

- 45 Sommerpause
Begegnungen im
Parlamentsviertel
46 Drei Fragen an
Abgeordnete
Jürgen Türk, FDP, antwortet
46 Buchtipp
Von Krista Sager,
Bündnis 90/Die Grünen
47 Platte Sache
Umbau im Parlamentsviertel
48 Wo ein Marschall
das Parlament leitet
Parlamente in Europa
48 Impressum

von Sven Hölscheidt

... ist hoch! Sie stellt zwar kein Wundermittel dar, das aus der gegenwärtig grassierenden Euroskepsis eine Europa-euphorie machen könnte. Aber sie ist die richtige Grundlage für das erweiterte Europa. Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens: Die Europäische Verfassung ist ein Erfolg deutscher Europapolitik. Aus der Sicht des Bundestages ist das besonders deutlich, denn seine wichtigsten Ziele sind verwirklicht worden. Herausragend ist dabei, dass es gelungen ist, die Europäische Grundrechtecharta verbindlich zu machen. Dies hat vor fünf Jahren niemand vorhergesagt, als beschlossen worden ist, einen Grundrechtekonvent einzuberufen. Verschmerzt werden muss allerdings, dass es nicht gelungen ist, eine individuelle Chartabeschwerde analog unserer Verfassungsbeschwerde einzuführen. Positiv zu bewerten ist demgegenüber, dass einer qualifizierten Minderheit von Unionsbürgern das Recht eingeräumt wird, die Kommission im Weg eines Bürgerbegehrens aufzufordern, eine Gesetzesinitiative vorzulegen. Das Bürgerbegehren wurde auf Betreiben des Bundestagsdelegierten im Europäischen Konvent in die Verfassung aufgenommen. Es ist also ein „Kind des Bundestags“.

Neben dem Europäischen Parlament sind vor allem die nationalen Parlamente gestärkt worden. Ein so genannter Frühwarnmechanismus gibt ihnen die Möglichkeit, Subsidiaritätsbedenken („die Nationalstaaten können es besser als die EU“) gleich zu Beginn des europäischen Gesetzgebungsverfahrens geltend zu machen und im Endeffekt auch vor dem Europäischen Gerichtshof einzuklagen. Hierfür müssen Voraussetzungen im innerstaatlichen Recht geschaffen werden; im Bundestag gibt es bereits Überlegungen dazu.

Der zweite Grund für die hohe Bedeutung der Europäischen Verfassung ist die Schwäche von Nizza. Sowohl die Methode der Regierungskonferenz als auch ihr Ergebnis, der Vertrag von Nizza, haben sich als nicht zukunftsfähig erwiesen. Die Nizza-Konferenz hat, wie bei solchen Konferenzen üblich, nicht öffentlich getagt, also hinter

geschlossenen Türen, vor denen auch der Bundestag gestanden hat. Sie endete wie üblich in der „Nacht der langen Messer“, in der die größere Kampf- und nicht die größere Argumentationsstärke zählt. Hervorgebracht hat die Konferenz ein instabiles Vertragsgebäude, in dem ungleiche Gemeinschaftssäulen auf schwankendem Unionsboden ein dünnes Unionsdach tragen. Verfehlt ist beispielsweise auch, dass Deutschland im Ministerrat nur ungefähr halb so viele Stimmen hat wie Spanien und Polen zusammen, obwohl es bevölkerungsreicher ist als die beiden Länder.

Drittens ist zu sagen: Eine realistische Alternative zur Europäischen Verfassung ist nicht erkennbar. Es existieren zwar zahlreiche Verfassungsentwürfe, die übrigens schon äußerlich sehr unterschiedlich sind: Ein britisches Konventionsmitglied begnügt sich mit 19 Artikeln, während der Verfassungsrechtler und ehemalige Bundestagsabgeordnete Rupert Scholz 405 Artikel benötigt. Aber kein Entwurf dürfte mehrheitsfähig sein. Wie sollte ein neuer Text entworfen werden? Eine weitere Regierungskonferenz nach dem Muster von Nizza kommt aus den genannten Gründen wohl kaum in Betracht. Aber auch ein neuer Konvent dürfte wenig hilfreich sein. Die über 200 Delegierten aus 28 Mitgliedstaaten haben die Europäische Verfassung in einhalbjähriger Arbeit formuliert. In den 27 Plenarsitzungen wurden 1.800 Redebeiträge geleistet, es gibt 850 Konventionsdokumente und 6.000 Änderungsanträge. Die vom Bundestag herausgegebene Dokumentation „Eine Verfassung für Europa“ umfasst mehr als 1.200 Seiten. Es ist alles gesagt – und auch von allen!

Infolgedessen sollte die Europäische Verfassung möglichst bald in Kraft treten. Dazu muss sie in allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Ganz reibungslos wird das nicht funktionieren, vor allem, weil es zahlreiche Referenden zu überstehen gilt. Die Europäische Verfassung braucht daher noch viel Unterstützung. Wer Europa voranbringen will, wird sie leisten.



Ministerialrat Privatdozent Dr. SVEN HÖLSCHIEDT ist Leiter des Fachbereichs Verfassung und Verwaltung im Deutschen Bundestag. Der Bundestagsverwaltung gehört er seit 1987 an. Mit Fragen des Europa- und Verfassungsrechts setzt er sich wissenschaftlich auseinander. Zuletzt war er im Sekretariat des Europaausschusses zuständig für die Unterstützung des Delegierten des Bundestages und seines Vertreters im Europäischen Konvent.

Sie kommen aus Neugier und Wissbegierde. Sie wollen sich beeindrucken lassen. Sie haben Bilder und Fragen im Kopf. Rund drei Millionen Menschen besuchen jährlich das Reichstagsgebäude in Berlin und die Häuser des Bundestages. Den Gastgebern verlangt dies beste Organisation, perfekte Abläufe und reichlich Kreativität ab. Besucherdienst und Polizei- und Sicherungsdienst sind für den ersten, den zweiten, vor allem aber den besten Eindruck verantwortlich und rollen – im übertragenen Sinne – den roten Teppich für das Volk aus.

Besucher im Bundestag

Roter Teppich für das Volk







Michael Duchemann, Priester, Sancerre, Frankreich
Ich bin das erste Mal in Berlin und werde drei Tage bleiben können. Das Reichstagsgebäude wollte ich auf jeden Fall sehen. Es sieht von außen sehr imposant aus. Ebenso wie das Kanzleramt, das ich beeindruckend finde. Ich interessiere mich vor allem für die Architektur. Meine Erwartung ist, dass ich im Reichstagsgebäude sehr differenzierte architektonische Lösungen und Formen sehen werde. Ich bin jedenfalls gespannt.

Die Besucherschlange ist nicht endlos, aber sehr lang. Wer mit gesenktem Kopf dasteht, liest in einem Reiseführer. Die den Kopf in den Nacken legen, schauen den Steinrestaurierungsarbeiten hoch oben am Westportal zu. Und es gibt noch jene, die auf dem Rasen stehen, bewegungslos, die Arme weit nach vorn gestreckt. Auf den Displays ihrer Digitalkameras sieht das Reichstagsgebäude winzig aus. Und dann soll ja auch noch die Ehefrau mit drauf: Himmel, Reichstagsgebäude, Treppe, Rasen, Ehefrau. Jetzt läuft jemand ins Bild, genau in dem Moment, da man ausgelöst hat. Also noch einmal.

Wenn die Schlange sich vorwärts bewegt, dann immer ein großes Stück. Es geht zügig voran, aber hinten wird angebaut, was vorn abgearbeitet ist. „Dauert nicht mehr lang“, sagt ein junger Mann zu seiner Freundin. „Kuppel muss sein“, schickt er murmelnd hinterher.

Als der Bundestag von Bonn nach Berlin zog, wussten alle, dass dies auch mehr Gäste bedeutet. Allerdings wurden die kühnsten Prognosen schnell übertroffen. Rund zwei Millionen Menschen besuchen jährlich Dachterrasse und Kuppel des Reichstagsgebäudes, das sind an 360 Tagen je zirka 5.500 Kuppelbesucher. Sie stellen sich am Westeingang des Reichstagsgebäudes an, werden in der Westhalle in Empfang genommen und begrüßt, durchlaufen die Sicherheitskontrolle, werden in den Fahrstuhl begleitet, der sie auf die Dachterrasse bringt, wo Kuppelbetreuer des Besucherdienstes für Auskünfte zur Verfügung stehen. Das sind die so genannten unangemeldeten Gäste. Sie finden perfekte Organisation und freundliches Personal vor. Viele von ihnen assoziieren mit „Besucherdienst“ all jene Frauen und Männer, die dafür sorgen, dass sie unkompliziert reinkommen, schauen, die Doppelhelix in der Kuppel hoch und runter laufen können und sich wohl fühlen.

Aber „Besucherdienst“ ist viel mehr. Er besteht aus 29 festen Angestellten und 50 Honorarkräften. 27 von ihnen, in der Regel mit abgeschlossenem Hochschulstudium, sind als Besucherführer tätig, halten Vorträge und machen Führungen durch die Häuser des Bundestages. 23 Studierende sind für den Bereich Besucherbetreuung in der Kuppel, auf der Dachterrasse und im Besucherzentrum des Paul-Löbe-Hauses verantwortlich. Sie alle kümmern sich um die angemeldeten und die unangemeldeten Gäste.

Angemeldet kommen jährlich mehr als eine dreiviertel Million, davon rund 600.000, die direkt vom Besucherdienst betreut werden. Das sind Gäste der Abgeordneten, freie Gruppen und solche, die eine Diskussion mit Parlamentariern geplant haben, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Plenarsitzungen und Vorträgen, Gruppen, die Haus-, Kunst- und Architek-

turführungen machen wollen, Jugendliche, die an Projekten wie „Jugend und Parlament“ oder „Planspiel“ und Erwachsene, die an Parlamentsseminaren teilnehmen. Und dann gibt es noch jene Gäste, die zu Fraktionsveranstaltungen oder Veranstaltungen der Abgeordneten kommen und sich beim Sicherungsdienst angemeldet haben. So kommen die drei Millionen Menschen zusammen, die jährlich das Reichstagsgebäude und die Häuser des Bundestages besuchen. 1953 übrigens, als Besucher das erste Mal statistisch erfasst wurden, kam man auf 55.227. Das klingt, als hätte damals noch jeder persönlich mit Handschlag begrüßt werden können.

Elsa Barbara Deconi, Rom, Italien, arbeitet bei der Telekom Italiens
Das ist mein erster Besuch in dieser Stadt, aber ich habe sehr viel über die Geschichte Berlins gelesen. Ich glaube, seit 1989 ist das eine andere Stadt geworden. Mich interessiert am Bundestag vor allem, wie politische Arbeit organisiert ist, die Konstruktion der Arbeit sozusagen. Was ich von außen sehe? Die Mitte der Moderne. Nach dem Besuch hier werde ich mich in den 100er Bus setzen und mir die Stadt anschauen.



Heute braucht alles eine ausgefeiltere Logistik und ein gutes Zusammenspiel zwischen den drei großen Bereichen des Besucherdienstes: Besucherführungsdienst, Jugendprojekte und Besucherverwaltung.

Der CDU/CSU-Abgeordnete Eberhard Gienger, einst ein erfolgreicher Turner, steht auf der Freitreppe vor dem Westeingang und wartet. Am Abend wird er seinen schwarzen Anzug gegen einen Overall tauschen, auf Höhenflug gehen und einen Fallschirmsprung wagen. Für eine gute Sache. Jetzt steht er für eine gute Sache auf der Freitreppe, blinzelt in die Sonne und erwartet eine kleine

Tour de France – rund dreißig Jugendliche, die fast 700 Kilometer von Heilbronn nach Berlin geradelt sind.

Für diese Höchstleistung haben viele Unternehmen Geld gespendet. Und das Geld geht an die Uniklinik Kiel, Jugendherzabteilung. „Meine Pumpe, deine Pumpe“ steht auf Schildern und T-Shirts der Jugendlichen. Mehr als 15.000 Euro sind zusammengekommen. Eberhard Gienger weiß das Engagement zu würdigen und bereitet den etwas müden, aber stolzen Radlern einen herzlichen Empfang.

Jeder Abgeordnete hat 200 Kontingentplätze pro Jahr für Besuchergruppen aus seinem Wahlkreis

zur Verfügung. Die Nachfrage ist größer als das Angebot. Die Gruppen lernen im Gespräch mit ihrem Abgeordneten die parlamentarische Arbeit besser kennen, können in Sitzungswochen an einer Plenarsitzung teilnehmen und an sitzungsfreien Tagen einen Informationsvortrag hören. Ein Reisekostenzuschuss und eine Einladung ins Besucherrestaurant zum Essen gehören zum Service.

Fast alle nehmen zum Schluss den Service der FOBI (Fotobildstelle des Besucherdienstes) in Anspruch. Dann wird, meist vor dem Südeingang, ein Erinnerungsfoto mit dem Abgeordneten gemacht. Das ist jedes Mal ein Ereignis und für alle ein schönes Andenken. Viele Abgeordnete laden auch Gäste ein, die auf eigene Kosten den Bundestag besuchen. Kostenlos sind aber auch für diese Besucher die Informationsangebote des Besucherdienstes.

Manchmal sind die Anlässe für einen Gruppenbesuch im Bundestag etwas ganz Besonderes. Ein Girls' Day zum Beispiel, den die SPD-Fraktion anbietet, und der junge Frauen motivieren soll, sich später vielleicht auch beruflich mit Politik zu befassen. Die SPD-Abgeordnete Petra Weis jedenfalls hat diesen Tag in guter Erinnerung, sie hatte eine Schülerin aus Duisburg zu Besuch. Auch von der Fraktion geladene Gäste können, wenn sie möchten, einen Informationsvortrag des Besucherdienstes hören.

Der Besuch einer Plenarsitzung ist heiß begehrt. Viele wollen sehen und hören, wie Politik gemacht wird. Auch auf der Besucherebene läuft immer alles gut organisiert und wie am Schnürchen: freundlicher Service, Antworten auf viele Fragen.

Der Plenarsaal ist ein Höhepunkt für die Besucher. Sie sitzen auf der Tribüne, schauen auf die Parlamentarier, und das ist einfach anders, als eine Fernsehübertragung. Gerhard Schröder live sozusagen, davon können sie zu Hause erzählen.

Luise Rüger gehört zu jenen 27 Honorarkräften, von denen die meisten Geschichte, Politik oder Kunst studiert haben, und die Führungen durchs Haus machen oder einen Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaales halten. 45 Minuten redet sie

Die Abgeordneten Eberhard Gienger (oben) und Petra Weis (unten) mit Bundestagsbesuchern.



über das Haus, den Ablauf von Plenarsitzungen, die Sitzverteilung im Plenarsaal, die Neubauten des Bundestages, die verschiedenen Ebenen im Reichstagsgebäude, Parlamentarismus, Spielregeln. Ihre Sprache ist bildhaft, ihr Vortrag kurzweilig und humorvoll. Sie entlockt den Gästen hin und wieder ein Ah und ein Oh oder ein fröhliches Lachen. „Wir Deutschen lieben unsere Fette Henne“, sagt sie

Baiba Kuze, Studentin der Sozialpädagogik, Lettland, und Martin Schmidtbauer, Computer-Administrator, Hamburg, beide leben zusammen in Hamburg

Baiba Kuze: *Ich bin zum ersten Mal in Berlin, und mir gefällt das Reichstagsgebäude von außen erst einmal sehr. Wirklich beeindruckend, ich bin gespannt, wie es drinnen aussieht.*

Martin Schmidtbauer: *Schade, dass heute keine Plenarsitzung stattfindet, das hätte ich gern mal erlebt. Ich kenne Berlin natürlich schon, meine Großmutter und meine Mutter haben hier gelebt. Baiba und ich werden uns von der Stadt überraschen lassen, konkrete Pläne haben wir nicht. Aber es wird sicher schön.*



und zeigt auf den Bundestagsadler. „Fette Henne“, juchzt eine Frau. „Dat passt, oder?“

Katja Reißner wartet auf eine Besuchergruppe, die sich für Kunst und Architektur interessiert. Diese Führungen finden am Wochenende statt. Die Besucher, die kommen, werden nie enttäuscht. Sie sehen Bilder, lernen etwas über Sichtachsen und Kunst am Bau, kommen in Räume, die sie sonst nie betreten könnten, werden anschaulich über das Kunstkonzept in den Häusern des Bundestages informiert. Katja Reißner weiß viel zu erzählen und sie erzählt es gut. Plötzlich wird ein Bild zu einer Geschichte, erschließen sich Räume, die im ersten Moment fremd erschienen, werden Namen genannt, bei denen es Klick macht im Kopf, und bei denen Beziehungen hergestellt werden zu anderen Kunsterlebnissen. Von dem hat man doch im vergangenen Jahr eine Ausstellung gesehen. Ist das nicht der, dessen Bilder immer auf dem Kopf stehen?

„Wahnsinn“, sagt eine Frau beim Anblick eines großen Bildes von Anselm Kiefer für Ingeborg Bachmann und bittet eine andere Frau, sie vor dem Kunstwerk zu fotografieren.

Montag und Dienstag findet in fast jeder Woche von 8 bis 12.30 Uhr das Planspiel zum Weg der Gesetzgebung statt, eine Idee, die Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst gemeinsam entwickelten. Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren. Sie übernehmen die Rolle von Abgeordneten. Sie konstituieren einen kleinen Bundestag, bilden Fraktionen, setzen Ausschüsse ein, wählen Fraktionsvorsitzende, eine Präsidentin oder einen Präsidenten des Bundestages und Ausschussvorsitzende. Dann simulieren sie einen kompletten Gesetzgebungsprozess. Die Namen der Fraktionen sind fiktiv, aber inhaltlich angelehnt an die Zusammensetzung des Bundestages.

Ausgebucht ist das Planspiel schon jetzt bis zum Jahresende – die Idee findet begeisterte Anhänger, denn alle Szenarien finden auch an jenen Orten statt, die sonst den Parlamentariern vorbehalten sind. Die ausgewählten Themen haben für die jungen Leute Bedeutung: Wehrpflicht oder Wahlrecht beispielsweise.



Hao Chunyu und Shi Tingting, Studentinnen aus China

Wir sind zum ersten Mal in Deutschland und werden noch einige Länder in Europa besuchen. Das Reichstagsgebäude ist das politische Zentrum des Landes. Wir stellen es uns wie das Weiße Haus vor. Von außen erinnert es allerdings eher an große Gebäude in Rom. Auf jeden Fall imposant. Wir sind neugierig darauf, drinnen zu erfahren, wie das politische Geschäft organisiert ist.

Das Spiel läuft so: Eine Fraktion bringt einen Gesetzentwurf über die Aussetzung der Wehrpflicht ein. Der Entwurf muss beraten, das Für und Wider abgewogen, Koalitionen müssen gebildet, Mehrheiten organisiert werden. Dann wird abgestimmt, und im simulierten Deutschland gibt es keine Wehrpflicht mehr. Oder es gibt sie weiterhin.

Niemand verlässt die Warteschlange, obwohl der Regen unangenehm ist. Junge Menschen in roten T-Shirts,

auf denen Besucherdienst steht, kommen mit großen schwarz-rot-goldenen Schirmen zu den Wartenden und Neugierigen. Es sind zwei der 23 Besucherbetreuer des Besucherdienstes und sie bringen Trost. Sie beantworten Fragen und sagen an, wie lange es noch dauern wird. Das wird dankbar aufgenommen.

Ein junges Paar fotografiert sich gegenseitig beim Fotografieren. Frau vor Kanzleramt, Mann vor Reichstag – Schuss und Gegenschuss. Es sieht aus, als wollten sie mit ausgestreckten Armen aufeinander zu laufen. Und weil es so aussieht, fotografiert ein dritter Besucher die beiden mit dem Paul-Löbe-Haus im Bildhintergrund. Das Band des Bundes beflügelt die Fantasie.

Virtuell, auf Rädern und auf Wanderschaft

Wer nicht nach Berlin reisen kann, zu dem kommt der Bundestag. Er geht auf Tour, mit einem Infomobil, das unterwegs ist in Sachen Demokratie, Informationen und Plakate, Filme und Gespräche mit Abgeordneten anbietet und präsentiert. Der Bundestag beteiligt sich mit einem eigenen Infostand in Form einer stilisierten Kuppel an verschiedenen Messen. Abgeordnete nehmen diese Gelegenheiten gern wahr, vor Ort ins Gespräch zu kommen. Und der Bundestag in Mini-Format macht vielen Menschen Lust auf das Original.

Auch in Berlin greifen nun die Räder ineinander. Hier sorgen die Mitarbeiter des Besucherdienstes und der Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass die Menschen immer auch etwas in die Hand bekommen. Broschüren über Einzelthemen, eine Zeitschrift, wie den Blickpunkt Bundestag, Faltblätter, Leporellos. Die Internetseite www.bundestag.de und CD-Roms bieten virtuelle Rundgänge durch die Bundestagsbauten.

Teilnehmer des Planspiels.



Eva Böhnke und Ingrid Freund, Pensionärinnen aus Hamburg

Ingrid Freund: *Ich habe das Reichstagsgebäude verpackt gesehen, das war imposant. Aber jetzt ist es auch beeindruckend. Mich interessiert vor allem die Kuppel, ihre Konstruktion. Natürlich werde ich bis ganz nach oben laufen, um die Stadt zu sehen.*

Eva Böhnke: *Wir waren schon öfter in Berlin und wählen jetzt aus, was wir sehen möchten. Heute Reichstag und morgen MoMA. Ich finde übrigens, dass das Reichstagsgebäude für die Hauptstadt angemessen ist. Es gefällt mir.*

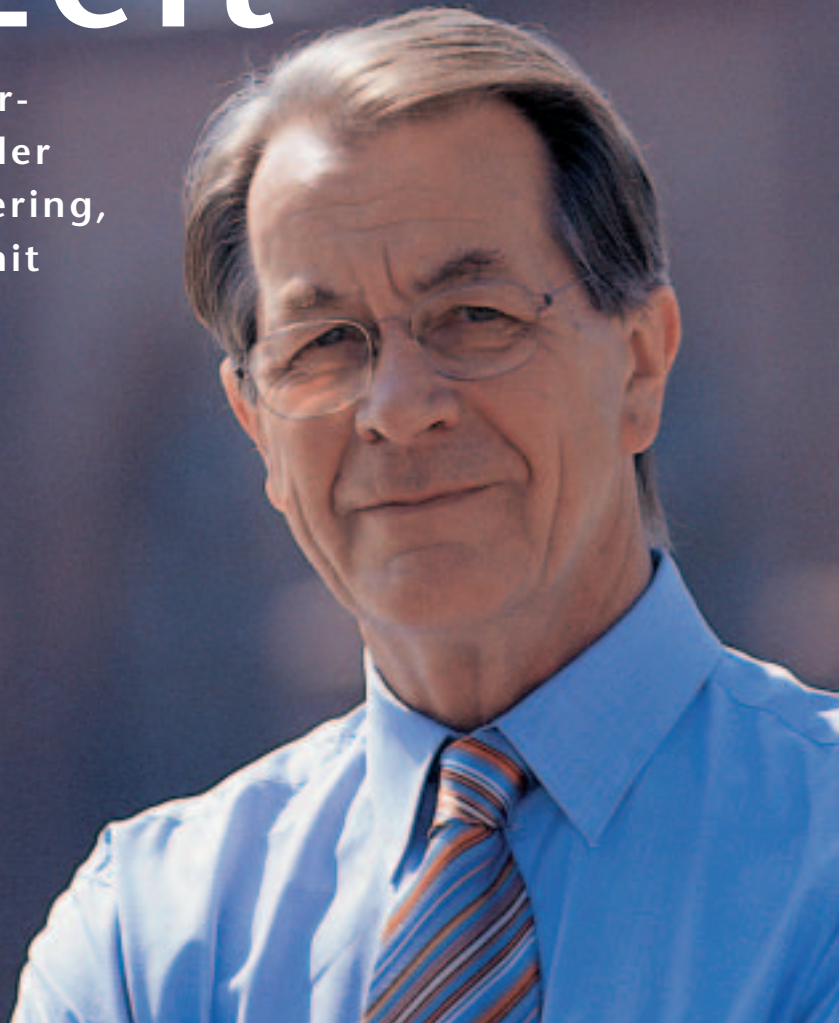


*„Wir haben
manchmal zu
wenig Zeit, die
Dinge zu disku-
tieren, müssen
zu oft schnell
Entscheidungen
treffen.
Vor allem dann,
wenn große
Vorhaben
umgesetzt
werden.“*

Größter Wunsch:

Mehr Zeit

„Politik muss organisiert werden“, sagt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Franz Müntefering, und sagt auch: „Man muss mit ganzem Herzen dabei sein.“



Fraktionen – sie sind Teil des Ganzen, ein Zusammenschluss von Abgeordneten, die gleiche politische Grundüberzeugungen haben und in der Regel der gleichen Partei angehören. Vier Fraktionen sitzen gegenwärtig im Bundestag. Jede von ihnen hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine wählt eine Doppelspitze. Die Funktion ist mit vielen Pflichten und vielen Rechten verbunden. Wer sie inne hat, muss integrieren können und darf das Rampenlicht nicht scheuen. Fraktionsvorsitzende haben es nicht leicht, aber eine schöne Arbeit.



Charlie Chaplin versucht, einen alten Schuh zu essen. Graziös wickelt er den Schnürsenkel auf eine Gabel und schaut aus schwarz umrandeten Augen auf die Welt. Die Welt ist in diesem Fall das Büro des SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering, und sie macht einen geschäftigen, aber freundlichen Eindruck. Sie hat Platz für den liebenswerten Tramp aus Stummfilmzeiten und einen anderen Träumer, den Ulmer Schneidergesellen Beblinger, der mit selbst gebauten Flügeln auf einer hohen Klippe steht. Franz Müntefering liebt diese Bilder.



Er hängt sein Jackett über den Stuhl und zündet sich ein Zigarillo an. Er ist, so viel hat man schon erfahren, einer, der gern erzählt, gern lächelt und selbst bei größter Hitze kühlen Kopf bewahrt. Letzteres hat er auf der Dachterrasse der Kommandantur, dem Gebäude mit der schönen Adresse „Unter den Linden 1“, bewiesen. Es mögen bei dem Fototermin vierzig Grad gewesen sein, eine Temperatur, bei der die Gedanken anfangen, Purzelbäume zu schlagen. Franz Müntefering wirkte unbeeindruckt. Kann sein, dass man dies als Fraktionsvorsitzender lernt, hitzige Debatten gibt es in einer Gruppe von 249 Menschen, die Bundespolitik machen, sicher ausreichend. Mehrheiten und Konsens entstehen nicht im Schlaf.

Zum Fraktionsvorsitzenden wird man gewählt, aber wenn man dann ja zur Wahl sagt, lassen einen die Fraktionskollegen auch nicht im Stich. Es gibt einen Geschäftsführenden

Fraktionsvorstand, also stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, den Fraktionsvorstand, Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Ausschussvorsitzende, interfraktionelle und interne Gesprächsrunden der Fraktion. Überall wird gut und planmäßig gearbeitet, so dass am Ende die ganze Fraktion beste Entscheidungsgrundlagen hat.

Trotzdem bleibt es dabei: Der Fraktionsvorsitzende muss die Fäden in den Händen halten und steht dem großen Ganzen vor. Er leitet die Fraktionssitzungen und ist bei vielen Sitzungen und Gesprächsrunden verpflichtend oder gewünscht dabei. Sein Wochenplan sieht manchmal aus, als könnte er den Befehl „Defragmentieren“, also Zusammenfügen, vertragen, und das größte Defizit, mit dem Franz Müntefering lebt, ist Zeit. Schließlich ist er auch Parteivorsitzender, schließlich hat er Familie, schließlich sind nicht alle Wünsche und Ideen, die er hat, mit einer Funktion verbunden oder durch

eine Funktion erfüllbar. Schließlich brauchen Freundschaften Zeit, und Visionen sowieso. „Wir haben manchmal zu wenig Zeit, die Dinge zu diskutieren, müssen zu oft schnell Entscheidungen treffen. Das ist in der Politik so. Vor allem dann, wenn große Vorhaben umgesetzt werden. Man steht meistens unter Druck und muss sich Nischen suchen, wo es nicht so schlapperig ist.“ Da kommt der Sauerländer durch, schlapperig meint hektisch, und Franz Müntefering erzählt, dass in seiner Familie oft platt gesprochen wurde. „Wenn meine Eltern ins Hochdeutsche fielen, wusste ich, dass ich jetzt gemeint bin.“

Dem Politiker sind Zeiten und Gelegenheiten wichtig, wo man in Ruhe und grundsätzlich diskutieren kann. Beispielsweise auf der Fraktionsklausur im September, wo es unter anderem um das Verhältnis von Bundespolitik und Kommunalpolitik gehen soll. „Wenn man sich für so etwas keine Zeit nimmt, frisst einen der Alltag auf.“



Dann ist man ständig nur dabei, zu überlegen, was als Nächstes gemacht werden muss, was wer wozu sagen wird, wie was am schnellsten erledigt werden kann, warum dies oder das noch nicht in trockenen Tüchern ist.“

Die gute Seite seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender sei es, an einem wichtigen Hebel zu sitzen und Einfluss auf die Umsetzung der Politik zu haben. Man könne also das Tempo mitbestimmen. Um gut zu sein, sagt Franz Müntefering, müsse man Führungsgrundsätze haben: Transparenz in der Arbeit, möglichst frühzeitig über

alles debattieren, dialog- und vor allem kompromissfähig sein. „Ich bin kooperativ, ich kann zuhören, ich habe die Fähigkeit, Entscheidungen herbeizuführen und – sie auch durchzusetzen.“

Wie in jeder Fraktion gibt es auch bei der SPD schwierige, ganz schwierige und ausgesprochen schwierige Zeiten und Entscheidungen. Ausgesprochen schwierig waren sie, als man in der vergangenen Legislaturperiode über die Entsendung von deutschen Soldaten auf den Balkan diskutierte. „Damals galt ich als Zuchtmeister“, sagt Franz Müntefering und lässt den Satz im Raum stehen. In den Medien wurde der Mann bislang häufig auf ein Wort reduziert. Da war er mal „Messias“, mal „Traditionssozi“, mal „Partei-soldat“ und eben auch mal „Zuchtmeister“. Wer öffentlich agiert, muss mit der Simplifizierung leben und tausend Mal die gleichen Fragen beantworten.

Im Internet und auch im wahren Leben gibt es einen Müntefering-Fanclub, eine ernst zu nehmende Diskussionsplattform, auf deren Homepage steht: „Franz Müntefering hat durch seine unverwechselbare Redege-

wandtheit und seinen nicht zu kopierenden Witz eine ganze Reihe von Sympathisanten.“ Die Sammlung von Müntefering-Zitaten auf der Website liest sich denn auch so, dass man sich wünscht, den 64-Jährigen öfter in einem Polit-Talk im Fernsehen zu hören. Er selbst allerdings findet die Grenzen des Fernsehens in dieser Hinsicht eng gesteckt. „Meist wird erwartet, dass ich etwas über die Partei verkünde, in großen Runden kann man kaum einen Gedanken zu Ende führen und man fällt immer wieder in eine Rolle“, sagt er und schickt hinterher: „Dabei bin ich doch gern ich selbst.“

Seine Biografie erweckt den Eindruck, als sei ihm das trotz aller Widrigkeiten gelungen. „Von meinem 14. bis zum 18. Lebensjahr habe ich Fußball gespielt. Zwischen 18 und 25 habe ich alles gelesen, was mir unter die Finger kam. Mit 25 bin ich in die SPD eingetreten. Als ich 25 war, wurde meine Tochter geboren und ich dachte: Jetzt hast du die Verantwortung für die ganze Welt. Es gibt Menschen, die nennen solche wie mich Vereinsmuffel und andere, die sagen, der mischt sich ein und das ist gut.“



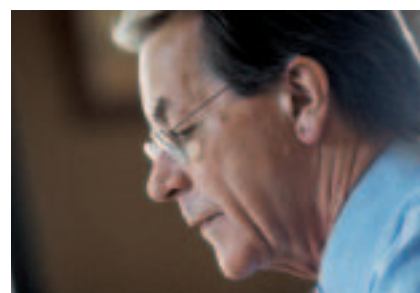
Mit 35 wurde der gelernte Industriekaufmann zum ersten Mal Bundestagsabgeordneter. „Ich hatte die Taschen voller Ideen, das ist heute noch so bei allen, die neu dazukommen. Daraus schöpfen wir, das hindert uns daran, im eigenen Saft zu schmoren.“ Herbert Wehner, dem Müntefering damals seine Ideen und gleich noch ein bisschen die Welt erklärte, riet dem Neuen: „Pass auf, dass du nicht austrocknest.“

Franz Müntefering hat aufgepasst. Als Kommunalpolitiker, Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Geschäftsführer, Landes- und Bundesminister, Generalsekretär der SPD, Fraktions- und Parteivorsitzender. Wenn man nicht mehr neugierig sei, müsse man aufhören, sagt er. Wenn man keine Wünsche mehr habe und das Leben und die Politik als Wiederholung der immer gleichen Dinge betrachte. Das scheint ein schweres Stück Arbeit – das Neue zu entdecken und Wiederholungen mit Pragmatismus zu betrachten, auch oder gerade in der Funktion als Fraktionsvorsitzender.

Sitzungswochen laufen nach einem fast gleichen Raster, alte Diskussionen werden immer wieder neu aufgerollt, es gibt massenhaft Wiedervorlagen, jeder Schritt nach vorn braucht in der Regel auch einen Kompromiss, was einer will, müssen 248 andere, mindestens aber die meisten von ihnen, mittragen, verschiedene Gremien diskutieren über denselben Sachverhalt. Wenn man es so sieht, könnte das Leben schwer werden. Man kann aber auch ... Alle vier Jahre kommen neue Mitstreiter, große Projekte werden Stück für Stück realisiert, Menschen ändern sich, Bedingungen ändern sich, jede erledigte Sache setzt ein neues Anliegen auf die Tagesordnung, jeder Sieg ist auch ein Fest.

Für den Politiker bleiben noch eine ganze Reihe Wünsche offen: dass die Agenda 2010 gelingen möge, dass aus Europa etwas sehr Praktisches und Wunderbares wird und mehr Menschen zur nächsten Europawahl gehen.

Franz Müntefering geht durch sein Büro und zeigt auf die Bilder. Hinter dem Schreibtisch eines, das den Titel



„Suche nach der neuen Mitte“ trägt. Der Besitzer lacht. Gegenüber ein farbenfrohes mit einem Steinbock, seinem Sternzeichen, in der Mitte. Links an der Wand ein ebenso farbenfrohes aus dem Leben in der Bonner Wahlkampfzentrale Kampa. „Da hatte ich noch eine andere Frisur.“ Und am Ende des Rundgangs der schuhessende Tramp: ein Mann, der wusste, wie wichtig das Lachen ist.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

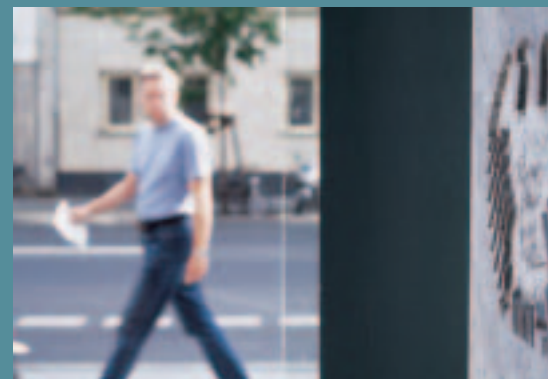


Seine Geschichte ist lang, und mit den Zeitenwenden hat er gern auch die Gestalt gewechselt. Jahrhundertlang beliebte er ein schwarzer Adler zu sein, mager, zäh, ein wenig düster, zierte er bis zum Ausgang des Mittelalters das Banner des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Den Kopf immer nach links geneigt, Schnabel und Klauen manchmal rot. Die Weimarer Republik ließ den Raubvogel nach rechts schauen, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe. Ein Entwurf nach diesen Vorgaben wurde gesucht, der Vorschlag des Malers Karl Schmidt-Rottluff jedoch ungnädig aufgenommen. Einen „erschrockenen Papagei“ schimpfte man dessen Adler. Es dauerte Jahre, bis man eine Gestaltung hatte, die gefiel.

Der Adler

Text: Kathrin Gerlof Fotos: studio kohlmeier





Von 1937 bis 1945 herrschte das Hakenkreuz – Symbol für Verderben und Tod. Die Bundesrepublik rief den Bildhauer Ludwig Gies ans Werk. Sein Gipsadler für den Plenarsaal des Bundestages wurde gern „Fette Henne“ genannt. Die Form ist noch heute beibehalten, aus Gips wurde Aluminium. Im Plenarsaal schaut der Adler heute ernst auf die Abgeordneten und rücktseitig mit feinem Lächeln auf die Besucher im Osteingang. Das Lächeln hat sich Norman Foster, der Architekt des neuen Reichstagsgebäudes, ausgedacht. Anderswo im Haus hat der Adler andere Gestalt, je nach Material und Zweck. Beeindruckend allerdings ist er immer.



Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, PICTURE-ALLIANCE

Ein Platz mit vielen Namen

Überall auf der Welt erhalten Orte Namen, und häufig wird die Namensgebung zu einem politischen Akt. Ob in Europa, in Asien oder Amerika – überall werden Straßen, Plätze und sogar Wälder nach Personen, Orten oder Ereignissen benannt. Diese Namen dienen daher nicht nur der Orientierung, sondern vor allem auch der Erinnerung.

Viele dieser Namen überdauern die Zeitläufte. Frankreich ist ein Beispiel für ein Land, in dem Straßennamen selten geändert werden. Obwohl es seit 1870 keine Monarchie mehr ist, haben viele Straßen und Plätze ihre alten Namen behalten (Place Royale, Quai Bourbon), während nach jüngeren Persönlichkeiten keine Straßen oder Plätze benannt werden. Noch immer gibt es keine Straße

in Paris, die beispielsweise an Alfred Dreyfus erinnert, der wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse auf der Grundlage gefälschter Beweismittel aus der Armee ausgestoßen und zu lebenslänglicher Verbannung auf die Insel Cayenne (Französisch-Guyana) verurteilt wurde.

Deutschland machte es ganz anders, auch mit Blick auf die NS-Vergangenheit. Nach großen politischen Einschnitten wurden hier Straßen und Plätze umbenannt, wobei auch auf

Personen aus vordemokratischer Zeit zurückgegriffen wird, wie bei der Bismarckstraße. Der Platz vor dem Brandenburger Tor Richtung Tiergarten hieß eine Zeit lang Hindenburg Platz, heute erinnert er als Platz des 18. März an die Revolution von 1848 und an die erste freie Wahl der Volkskammer nach der Wende.



Luftaufnahme vom heutigen Platz der Republik (um 1928).

Auch der Platz, an dem das Reichstagsgebäude steht, hat in den letzten 275 Jahren mehrere Namen gehabt. Zunächst war dort ein militärisches Übungsgelände, demnach hieß er auch von 1730 bis 1865 „Exerzierplatz vor dem Brandenburger Thore“. Nach dem Sieg über Dänemark 1864 ließ König Wilhelm I. den Platz mit Wirkung vom 19. Januar 1865 in Königs-

platz umbenennen. 1873 wurde hier die später versetzte Siegestsäule eingeweiht und von 1884 bis 1894 das Reichstagsgebäude errichtet.

In den frühen 1920er Jahren gab es Bestrebungen, die Zeichen der überwundenen Monarchie auch aus dem Stadtbild zu entfernen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung

gab es mehrere Anträge, den Königsplatz in Platz der Republik umzubenennen. Die Entscheidung fiel am 2. Februar 1926 nach erhitzter Debatte. Von den rechtsextremistischen Kräften wurde diese Entscheidung erwartungsgemäß kritisiert. Und es ist daher kein Wunder, dass die Nationalsozialisten den Platz der Republik nach der Machtergreifung wieder in Königsplatz umbenannten.

Doch gleich nach dem Ende des Krieges wurden neue städtebauliche Pläne entwickelt. Die Benennung und Umbenennung von Straßen und Plätzen wurde nun eine Angelegenheit der Bezirke. So beschloss die Verordnetenversammlung des Bezirks Tiergarten am 31. März 1948, den Platz wieder Platz der Republik zu nennen.

**Die Preisfrage lautet:
Wann fand die erste freie Wahl der Volkskammer der DDR statt?**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 8. Oktober 2004.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 5/04 lautet: Marie-Elisabeth Lüders lebte von 1878 bis 1966. Eine Reise nach Berlin hat Hanna Wob aus Bienenbüttel gewonnen.



Interparlamentarische Zusammenarbeit

Sonderthema



Mauretaniens: EU-Exporte.



Japan: Wirtschaftsbeziehungen.

Partner in über

Global denken. Internationale Zusammenhänge kennen. Möglicherweise steuernd, besänftigend, schlichtend darin eingreifen. Das ist mehr denn je ein Gebot der Stunde. Der Bundestag würde seiner Verantwortung nicht gerecht, wenn sich seine Fachausschüsse darauf beschränken, Berichte der Regierung entgegenzunehmen. Die Abgeordneten müssen auch selbst über die nationalen Grenzen blicken. Die Zusammenarbeit mit Abgeordneten anderer Länder eröffnet ungeahnte Möglichkeiten für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Aus Kontakten wachsen Bekanntschaften und Vertrauensbeziehungen, die den Bundestag bei Konflikten zum „stillen“ und wirksamen Diplomaten von unschätzbarem Wert werden lassen. Und von außen lernt das Parlament auch vieles für eine bessere eigene Politik. Im Folgenden betrachten wir das interparlamentarische und internationale Wirken des Bundestages.

Text: Gregor Mayntz

Fotos: picture-alliance

Grafiken: Karl-Heinz Döring



Pakistan: Minderheiten.





Iran: Pressefreiheit.



Irak: Rolle der NATO.

160 Ländern



1 Élysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle den Élysée-Vertrag. Er besiegelte nach jahrhundertelanger Rivalität und Feindschaft nicht nur die Aus-



söhnung beider Länder, sondern stellte sie auch auf eine neue Grundlage, die auf eine besondere politische Partnerschaft abzielte,

zugleich aber auch die Menschen zusammenführen sollte. Festgelegt war von Anfang an, dass sich die Staats- und Regierungschefs mindestens zwei Mal, die Außenminister mindestens vier Mal jährlich treffen sollten. In wichtigen politischen Fragen verabredeten beide Seiten, sich vorher abzustimmen. Deshalb wurde die Achse Bonn-Paris auch zu einer treibenden Kraft in der europäischen Einigung. Von gleicher Bedeutung waren im Élysée-Vertrag die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die vor allem über das deutsch-französische Jugendwerk initiiert wurden.

2 Parlamentspreis

Erstmals haben der Bundestag und die Assemblée nationale in diesem Jahr einen gemeinsamen Wettbewerb für herausragende Arbeiten zum deutsch-französischen Verhältnis ausgeschrieben. Einen Preis sollen jährlich je ein Deutscher und ein Franzose erhalten, die in einer juristischen, politik-, wirtschafts-, sozial- oder geisteswissenschaftlichen Arbeit zum besseren gegenseitigen Verständnis beider Länder beigetragen haben. Dieser deutsch-französische Parlamentspreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Jury besteht aus Abgeordneten und Wissenschaftlern beider Länder. So wie der Gedanke des Preises zurückgeht auf einen Beschluss der Präsidien beider Parlamente anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages, sollen die Preise jeweils bei der jährlichen gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamentspräsidenten verliehen werden.



Parlamente tagen in Versailles.

Vom Ausland lernen

Es geht auch anders. Das parlamentarische deutsch-französische Zusammenwirken seit dem 40. Jahrestag des **Élysée-Vertrages** ① zeigt, dass Fortschritte in internationalen Angelegenheiten nicht nur auf festgelegten Wegen erreicht werden können – also dass Nation A und Nation B jeweils für sich ein Ziel anhand eigener Interessen formulieren, und ihre Regierungsvertreter dann darüber verhandeln, wer wie viele seiner Interessen durchzusetzen vermag. Bundestag und Assemblée nationale zeigten nun, dass man möglicherweise weiter kommt, wenn man die nationale Brille absetzt und einen gemeinsamen Blick riskiert.

Je sechs Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich bildeten eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die sich abwechselnd in verschiedenen Regionen der beiden Länder traf und das deutsch-französische Jugendwerk unter die Lupe nahm. Das ging quer durch alle Ebenen, Politik- und Expertenbereiche. Heraus kamen Ideen, Impulse und Konzepte für eine tief greifende Reform, die in Form von interfraktionellen Anträgen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich durchs Parlament gegangen und als Auftrag bei den Regierungen gelandet sind.

Die Vorstellung, dass die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen der Regierung vorbehalten seien, das Parlament bestenfalls ausgehandelte Verträge debattieren und absegnen dürfe, ist also längst überholt. Der Bundestag weiß eigene Akzente zu setzen. Jüngst ist dies auch durch einen deutsch-französischen **Parlamentspreis** ② zum Ausdruck gekommen. Natürlich ragt die deutsch-französische Freundschaft aus den Kontakten Deutschlands mit anderen Ländern heraus, und so ist auch das Ausmaß der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris herausragend und eher ein Hinweis darauf, was alles möglich ist. Doch das heißt nicht, dass der Bundestag andere Länder vernachlässigt. Ganz im Gegenteil. Er pflegt eigene Beziehungen zu den Parlamenten in mehr als 160 Staaten rund um den Globus.

Dichtes Netz rund um den Globus

Viel Arbeit für die Abgeordneten, viel zu tun auch für die Bundestagsverwaltung, besonders für die **Unterabteilung** ③ „Parlamentarische Beziehungen“. Deren Leiter Ulrich Schöler stellt sich auf wachsende Herausforderungen ein: „Die internationale Verant-

wortung der nationalen Parlamente nimmt immer weiter zu.“ Nicht zuletzt angesichts der Globalisierung sei eine immer dichtere Vernetzung nötig.

Die „Vernetzung“ in einer typischen Septemberwoche in Berlin: Montagabend trifft sich die deutsch-japanische Parlamentariergruppe des Bundestages mit der japanisch-deutschen Parlamentariergruppe. Dienstagabend spricht die deutsch-kaukasische Parlamentariergruppe mit einer Delegation aus Aserbaidschan, Armenien und Georgien. Mittwochnachmittag bereitet sich die deutsch-ukrainische Parlamentariergruppe auf die bevorstehende Delegationsreise vor. Kurz darauf besucht die deutsch-italienische Parlamentariergruppe das Italienische Kulturinstitut. Am Abend hat die deutsch-mittelamerikanische Parlamentariergruppe dann ein Arbeitessen mit einer Delegation aus Guatemala. Donnerstagmittag spricht die deutsch-israelische Parlamentariergruppe mit fünf Knessetabgeordneten. Und so weiter und so fort. Tag für Tag, Woche für Woche. Bis Ende Juli summieren sich die Veranstaltungen allein im Jahr 2004 bereits auf 579.

50 Parlamentariergruppen hat der Bundestag in der laufenden Wahlperiode eingerichtet, dazu den Freundeskreis Berlin-Taipeh und noch eine Reihe von **Länderbeauftragten**. **4** Die Gruppen vertiefen und intensivieren die interparlamentarischen Kontakte der Fachausschüsse weit über einzelne Fragen hinaus. Und sie organisieren sich anders: Die Mitwirkung ist frei und an der Neigung orientiert. Deshalb schwankt die Größe zwischen zehn und 163 Mitgliedern. Der Proportz ist in diesen Gremien aufgehoben. Es geht also nicht um ein Gegenüber von Regierung und Opposition, es geht um ein echtes Interesse am jeweiligen Land oder einer Region. Vordergründig zielt die Arbeit auf fried-

liche Verständigung, auf Demokratisierungshilfe und die Stärkung parlamentarischer Systeme. Hintergründig ergibt sich immer wieder auch ein anderer Effekt: Die deutschen Abgeordneten lernen selbst vieles.

Das sind längst nicht nur neue Kenntnisse über die komplizierten Zusammenhänge in den anderen Ländern. Nicht nur wichtige Hintergründe über die Wahrnehmung des Terrorproblems etwa in arabischen Ländern. Das sind oft auch Erkenntnisse über eigene indirekte Verwicklungen in problematische Entwicklungen, wie der SPD-Abgeordnete Günter Gloser mit der von ihm geleiteten deutsch-maghrebinischen Parlamentariergruppe erfahren hat. Zum Beispiel, wenn den deutschen Parlamentariern vor Augen geführt wird, wie die europäische Zollpolitik afrikanischen Ländern das Wirtschaften schwer macht, oder wenn vor den Küsten Marokkos und Mauretaniens eine verhängnisvolle Überfischung droht, weil auch Schiffe aus EU-Ländern den heimischen Fischern die Existenzgrundlage streitig machen. „Es macht wenig Sinn, mit deutscher und europäischer Entwicklungspolitik positive Veränderungen herbeizuführen, wenn man gleichzeitig diese Politik an anderer Stelle wieder konterkariert“, sagt Gloser.

Ernste Worte unter Freunden

Einmal pro Wahlperiode kann eine Parlamentariergruppe „ihr“ Land oder „ihre“ Region bereisen und einmal auch selbst **Gastgeber** **5** sein. Gloser hat die Erfahrung gemacht, wie wichtig der Aufbau eines persönlichen Vertrauensverhältnisses gerade in den Beziehungen mit den arabischsprachigen Ländern ist. Wenn man sich persönlich über viele Jahre kenne, sei „unter Freunden“ auch manch ernstes Wort möglich. Etwa über die Bedeutung der Opposition, die Minderheitenrechte, die Pressefreiheit.

3 Unterabteilung

Die Bundestagsverwaltung unterstützt die Abgeordneten in ihrer politischen Arbeit. Sie ist nach bewährter Behördenorganisation in Abteilungen, Unterabteilungen und Referate gegliedert. Die Unterabteilung „Parlamentarische Beziehungen“ gehört zur Abteilung „Parlamentarische Dienste“ – so wie die Unterabteilungen „Parlamentsdienste“ und „Parlamentarische Information“. In der Abteilung „Wissenschaftliche Dienste“ sind Unterabteilungen für wissenschaftliche Fachdienste, Petitionen, Eingaben und wissenschaftliche Dokumentation enthalten. Um die Technik, die Gebäude, die zentrale Verwaltung und die Informationstechnik kümmern sich Unterabteilungen, die in der Abteilung „Zentrale Dienste“ zusammengefasst sind. Entsprechend ihren Aufgaben sind die Unterabteilungen in verschiedene Referate weiter ausgefächert.

4 Länderbeauftragte

Neben den Parlamentariergruppen hat der Bundestag Länderbeauftragte berufen, damit auch für diese Staaten Ansprechpartner in Berlin existieren. Dies bezieht sich auf Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Malta und Moldau. Dazu kommt der Freundeskreis Berlin-Taipeh.

5 Gastgeber Bundestag

Schon das Alltagsgeschäft hält die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter in den Büros und in der Bundestagsverwaltung in Atem. Von den Einladungen über die Reservierung von Räumen bis hin zu Logistik, Unterbringung und Mahlzeiten – die Checkliste, die im Kopf immer wieder abzuholen ist, hat viele Positionen. Hinzu kommt, dass auch die kulturellen Unterschiede berücksichtigt werden müssen, etwa bei Mahlzeiten. Bei Großkonferenzen in Berlin oder anderen deutschen Städten müssen viele weitere Mitarbeiter aus den verschiedenen Abteilungen des Hauses mit anpacken. Die ersten Vorbereitungen beginnen dann bis zu zwölf Monate vor dem Ereignis.

Fischer in Marokko.



6 Diplomatischer Dienst

In über 200 Auslandsvertretungen sind die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes nach eigenem Empfinden „Augen, Ohren und Stimme Deutschlands“ in der Welt. Das Stammpersonal des Auswärtigen Dienstes besteht aus 6.700 Stellen, von denen 2.200 der Zentrale und 4.500 den Auslandsvertretungen zugerechnet werden. Hinzu kommen rund 4.800 Beschäftigte deutscher oder anderer Staatsangehörigkeit, die als Ortskräfte in dem jeweiligen Land arbeiten, sowie rund tausend Mitarbeiter aus anderen Ministerien, aus Bundesländern, aus der Wirtschaft oder aus anderen Institutionen, die vorübergehend zum Auswärtigen Amt abgeordnet sind. Im Turnus von drei bis fünf Jahren wechseln die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes ihren Einsatzort. So kommt es, dass in einem Berufsleben ein Dutzend Umzüge fällig werden und immer neue Herausforderungen auf die Diplomaten warten.

Wenn zwei Abgeordnete aus den Mehrheitsfraktionen und zwei aus den Minderheitsfraktionen gemeinsam auf Delegationsreise unterwegs sind, bekommen die Parlamentarier in manchen entstehenden Demokratien direkt vor Augen geführt, wie sinnvoll die Einbindung der Opposition sein kann. Wie vorteilhaft es auf Dauer ist, wenn es innerhalb eines funktionierenden Systems eine Alternative gibt, die die Regierungsverantwortung übernehmen kann, ohne dass es zu großen Verwerfungen kommt, ohne dass das gesamte System von außen gesprengt wird. So zeigen die Abgeordneten ihren Kollegen sowohl in deren Heimat als auch in Deutschland, wie fairer demokratischer Parlamentarismus funktioniert.

Werden die Abgeordneten also selbst zu **Diplomaten**? 6 Bundesaußenminister Joschka Fischer schätzt die Reisen der Parlamentarier und ermuntert dazu, dass sich möglichst viele auf den Weg machen, auch wenn die Auslandsaufenthalte keine „Lustreisen“, sondern oft harte Arbeit mit 14- oder 16-Stunden-Tagen sind. Das Motto des Ministers: „Reist, reist, reist, pflegt mir die Kontakte.“ Für Gloser liegt der Vorteil der Parlamentarier darin, eben keine Diplomaten zu sein. „Wir dürfen auch undiplomatisch sein.“ Bei Empfängen, bei Arbeitsessen, bei Fahrten in die Provinz gibt

es immer wieder die Gelegenheit, auch problematische Dinge zur Sprache zu bringen, und zwar unterhalb der offiziellen Ebene und damit möglicherweise besonders wirkungsvoll. Nichts muss offiziell zurückgewiesen werden, das Gesicht bleibt gewahrt.

Wie wertvoll die einmal geknüpften Kontakte werden können, erfahren die Abgeordneten auch in einer ganzen Reihe anderer interparlamentarischer Gremien und Versammlungen, die auf den folgenden Seiten noch näher vorgestellt werden. Als große „Kontaktbörse“ bezeichnet Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert (CDU/CSU) beispielsweise die Treffen der global organisierten Interparlamentarischen Union. Als Vizepräsident der Europaratsversammlung und langjährig auf diesem Feld Engagierter hat der SPD-Abgeordnete Rudolf Bindig eine Fülle von Kollegen aus anderen Ländern kennen gelernt, mit ihnen zusammengearbeitet und dann verfolgen können, wie sie nach und nach Schlüsselpositionen in den jungen Demokratien einnahmen. Man kennt sich, man spricht gern miteinander. Das ermöglicht immer wieder Verständigung auf kurzen, schnellen und unkomplizierten Wegen.

Da sitzt man jahrelang zusammen und entwickelt ein neues Konzept zum Schutz nationaler **Minderheiten**. 7 Und plötzlich ist der Mitstreiter aus Osteuropa selbst Mitglied der Regierung. Ein Anruf liegt nahe: Wie wäre es, wenn aus unserer damaligen Idee nun Realität würde? Tatsächlich bekommt die Minderheit dann mehr Rechte eingeräumt, wird sogar an der Regierung beteiligt. Nicht, dass Ursache und Wirkung so schlicht zusammen lägen. Aber es kann nur von Vorteil sein, wenn über die Arbeit in der Europaratsversammlung die „gesamte europäische Szene zu einer Gemeinschaft wird, in der man sich gegenseitig gut kennt“, stellt Bindig fest.

Entscheider von morgen

Die kommende Generation potenzieller Entscheidungsträger knüpft heute schon an einem Netz, das über die Grenzen trägt. Durch Praktikums- und Patenschaftsprogramme trägt der Bundestag dazu bei, dass sich Jahr für Jahr viele talentierte junge Leute aus dem Ausland ein klischeefreies Bild von

US-Capitol in Washington, D. C.



Deutschland machen und dauerhafte Kontakte aufbauen können – mit dem Bundestag als fester Bezugsgröße. Auch Hunderte junger Deutscher machen etwa durch ein Jahr in den USA Erfahrungen, von denen sie ein Leben lang zehren können. Der CDU/CSU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen, tragende Säule des Patenschaftsprogramms, äußert sich „stolz“ über die Austauschschüler, die sich in vielen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen des Landes engagierten.

Aber das Bild sollte nach Einschätzung Bindigs „auch nicht zu schön gezeichnet werden“. Erfahrungen und Erkenntnisse, die die Parlamentarier aus ihrem interparlamentarischen Engagement gewinnen, würden auch in Deutschland nicht so optimal genutzt, wie es geschehen könnte. Zudem stört es viele, dass jenseits des wichtigen Kennenlernens und Kontaktpflegens die eigentliche Abarbeitung der Tagesordnung in den meisten Gremien so folgenlos bleibt. Möglicherweise hat das auch damit zu tun, dass sich mehrere Gremien parallel um die gleiche Sache kümmern, möglicherweise auch damit, dass mitunter ganze „Waren-

hauskataloge“ als Forderungen oder Resolutionen formuliert werden, die in der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln sind. So gibt es im Bundestag das Bemühen, durch einen Schritt zum Weniger ein Mehr erreichen zu können. Konzentration auf das Wesentliche soll den Effekt steigern.

Anlass zu neuen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit bietet die neue EU-Verfassung. Dort muss die Einrede gegen Verletzungen der **Subsidiarität** 8 durch die EU binnen sechs Wochen erfolgen. Sporadische und langwierige Abstimmungsprozesse zwischen den Parlamenten müssen also in schnell, permanent und effizient funktionierende Strukturen gemeinsamer Beobachtung des EU-Geschehens überführt werden. Eine ganz neue Herausforderung für die Fachausschüsse der nationalen Parlamente und auch für die Parlamentarischen Versammlungen. Fürs Erste überlegt der Bundestag, sich eine Vertretung bei der EU in Brüssel zuzulegen. Globalisierung und Europäisierung – das bedeutet, dass auch die Parlamente globaler und europäischer werden müssen, damit sie am Puls der Entscheidungen bleiben.

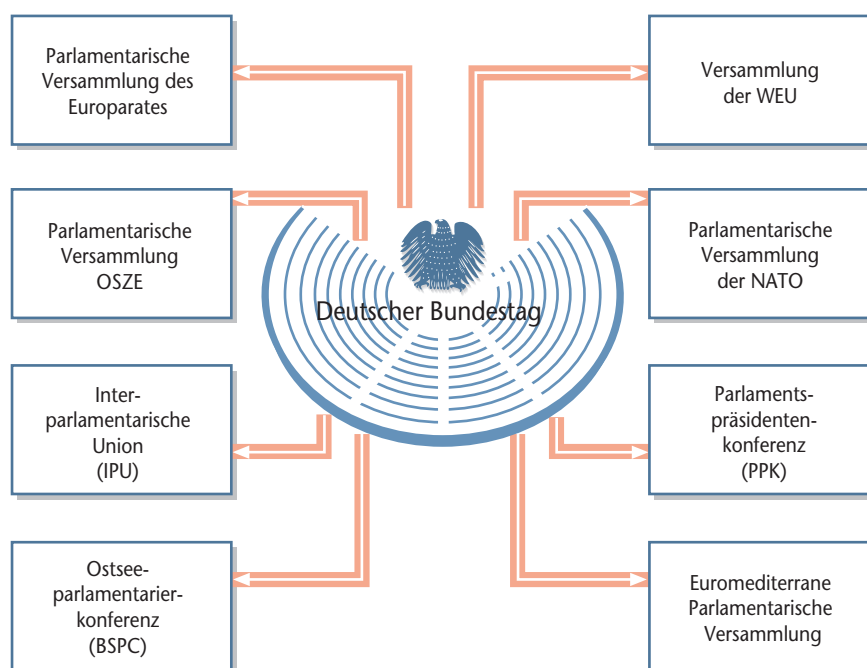
7 Minderheitenschutz

Angehörige von Minderheiten sollen vollständige und tatsächliche Gleichberechtigung erfahren. Der Staat soll Bedingungen schaffen, in denen sie ihre Identität bewahren und entwickeln können. Das sind die Hauptziele des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, wie es der Europarat formuliert hat. Gefasst am 1. Februar 1995, in Deutschland in Kraft seit 1. Februar 1998, ist es das erste rechtsverbindliche multilaterale Übereinkommen, das dem Schutz von Angehörigen nationaler Minderheiten im Allgemeinen gewidmet ist. Das Ministerkomitee des Europarates überwacht die Durchführung des Übereinkommens und gibt den Vertragsstaaten unter Umständen Empfehlungen. Die Vertragsstaaten sind gehalten, Staatenberichte über die Einhaltung der Verpflichtungen nach dem Rahmenübereinkommen zu erstatten.

8 Subsidiarität

Das Prinzip der Subsidiarität besagt, dass auf der jeweils nächsthöheren Ebene immer nur das geregelt werden soll, was die vorherige Ebene nicht oder nicht so gut regeln kann – die Straßenreinigung beispielsweise die Stadt, wenn es die Nachbarschaft überfordert, aber nicht das Land und schon gar nicht der Bund oder die EU. Mit dem Autobahnbau zum Beispiel sollte sich aber der Bund unter Beteiligung der Länder und Anhörung der Kommunen befassen, in der grenzüberschreitenden Fernstraßenplanung auch die EU. Die EU-Verfassung drückt in Anlage I den Wunsch aus, „eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente an den Tätigkeiten der Europäischen Union zu fördern“. Sie bekommen alle Gesetzgebungsvorschläge übersandt und können dann mitteilen, ob diese aus ihrer Sicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz übereinstimmen oder nicht.

Interparlamentarische Gremien, an denen der Bundestag beteiligt ist



PPK in Kürze

Regelmäßig treffen sich die Präsidenten der Parlamente in Europa, damit sie Meinungen, Informationen und Erfahrungen austauschen können, damit sie Forschungsaktivitäten fördern und gemeinsame Aktionen entwickeln können. Dabei geht es unter anderem um die Rolle der Parlamente, um die Organisation parlamentarischer Aufgaben und um die Formen und Instrumente interparlamentarischer Zusammenarbeit. Das Treffen firmiert unter dem Kürzel PPK (Parlamentspräsidentenkonferenz). Länder mit zwei Kammern sind mit den Präsidenten beider Kammern vertreten.

Alle zwei Jahre trifft sich die so genannte „Große PPK“. Sie umfasst die Parlamentspräsidenten aus den 45 Mitgliedstaaten des Europarates und den drei Beobachterstaaten Kanada, Israel und Mexiko sowie den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union und des Europäischen Parlaments.

Jedes Jahr kommt die so genannte „Kleine PPK“ zusammen. Sie setzt sich zusammen aus den Parlamentspräsidenten aus den 25 EU-Mitgliedstaaten, dem Präsident des Europäischen Parlaments sowie als Gästen den Präsidenten der Parlamente in den Beitritts- und Kandidatenländern der Europäischen Union.

Die „Große PPK“ tagt im Wechsel einmal in Straßburg und einmal in einem Mitgliedsland des Europarates, die „Kleine PPK“ abwechselnd in einem Mitgliedsland der Europäischen Union. Konferenzsprachen sind bei der „Kleinen PPK“ die Amtssprachen der EU, bei der „Großen PPK“ außer Englisch, Französisch, Deutsch und Italienisch auch noch Russisch.

www.bundestag.de (Parlament/
Interparlamentarische Gremien)

Parlamentspräsidentenkonferenz

Chefgespräche am runden Tisch

Sollten nach dem Motto „Wer kontrolliert die Kontrolleure“ staatliche Aufsichtsbehörden nicht doch besser auch von Parlamenten kontrolliert werden? Oder wie wäre es mit der Erteilung von „gelben Karten“ für die Verletzung demokratischer Standards? Und wie könnten die Bürger auf elektronischem Wege zu einer wieder höheren Beteiligung an der Politik gewonnen werden? Die Fragen stammen aus den Beratungen bei einer der letzten Parlamentspräsidentenkonferenzen. Und sie belegen, dass gemeinsame Überlegungen über die nationalen Grenzen hinweg durchaus zu neuen Erkenntnissen führen können.

Ein wiederholt aufgegriffenes Thema bei diesen Zusammenkünften ist der Weg zur europäischen Einigung mit den verschiedenen Aspekten und Auswirkungen der EU-Verfassung. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sagte bei der jüngsten „großen“ Konferenz in Straßburg im Mai, dass entscheidend für die Identifikation der Bürger mit der EU eine spürbare Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sei, um den Prinzipien der Subsidiarität, der gesteigerten Transparenz der Entscheidungen und der europäischen Öffentlichkeit als Grundlagen des politischen Zusammenwirkens innerhalb der EU zur Geltung zu verhelfen. Leitgedanke sei das „Europa der Bürger“.

Auch bei der „kleinen“ Konferenz im Juli in Den Haag zeigte sich, wie wichtig solche regelmäßigen Treffen der Parlamentsleitungen sind, damit gemeinsame Strategien angesichts neuer Herausforderungen entwickelt werden können. Denn die verstärkten Möglichkeiten, EU-Vorhaben daraufhin zu überprüfen, ob die jeweilige Materie wirklich auf dieser Ebene geregelt werden muss oder ob sie nicht besser auf einer der niedrigeren nationalen, regionalen oder lokalen Ebenen („Subsidiaritätsprinzip“) angesiedelt sein sollte, sind mit einem engen Zeitfenster verbunden. Damit ein dafür notwendiges „Frühwarnsystem“ auch funktioniert, ist es sinnvoll, dass nicht jedes nationale Parlament für sich allein alle Vorhaben im Blick zu halten versucht, sondern dass die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und ihren Fachausschüssen ausgebaut wird. Natürlich eine wichtige Aufgabe für alle Präsidenten der Parlamente in der Europäischen Union. Vorbeugende Koordination zwischen den Parlamenten könnte hier dazu führen, dass die europäischen Entscheidungen durchschaubarer werden und näher an den Bürger rücken.

Ein Dauerbrenner der Parlamentspräsidenten ist eine bessere Aufklärung der Öffentlichkeit. Wer kann auf diesem Feld Fortschritte vorweisen? Wie hat er das gemacht? Was lässt sich davon auf andere Parlamente übertragen? Ein Blick über die Grenzen lohnt sich im Interesse der Bürger allemal.

Tagungsort Straßburg.



Interparlamentarische Union

Eine globale Versammlung

Die genaue Zahl der Teilnehmer an den Versammlungen der Interparlamentarischen Union (IPU) schwankt. Jedes Land mit weniger als hundert Millionen Einwohnern kann bis zu acht Delegierte entsenden, größere Länder maximal zehn. Bei 145 Mitgliedstaaten entstehen auf diese Weise sehr große Tagungen, die die Volksvertretung sozusagen global werden lassen – schon optisch. Neben dem Rat, der Versammlung, dem Exekutiv Ausschuss und dem Treffen der Parlamentarierinnen hat die IPU auch drei ständige Ausschüsse eingerichtet: für Frieden und internationale Sicherheit, für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel sowie für Demokratie und Menschenrechte.

Bei der ersten IPU-Versammlung eines Jahres ist der Bundestag mit acht Abgeordneten vertreten, an der zweiten nimmt er mit fünf Parlamentariern teil. Leiter der deutschen Delegation ist Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert (CDU). Sein Eindruck: „Ambivalent.“

Bedenken hat er bei manchen Mitgliedsländern, deren „Parlamente“ man bei einer anspruchsvollen Definition dieses Begriffs nur sehr eingeschränkt als solche bezeichnen könne. Frei gewählt? Echte gesetzgeberische Funktionen? Wirklich repräsentativ, also ohne vorherigen Ausschluss bestimmter Gruppen von der Wahl? Vor diesem Hintergrund ist für Lammert die „Interparlamentarische

Union“ weniger eine „Union der Parlamente“ als vielmehr eine „parlamentarische Versammlung“.

„Skurril“ nennt der Bundestagsvizepräsident eine Reihe von formalisierten Abläufen in der IPU und eine gelegentliche Selbstüberschätzung. Kampfabstimmungen um das Aufsetzen von Tagesordnungspunkten, Fristen für das Einreichen von Änderungsanträgen, Einschaltung von Redaktionsausschüssen, damit „am Ende Texte zustande kommen, die spätestens in dem Augenblick ihre Wirkung verbraucht haben, in dem sie verabschiedet werden“. Lammert sieht hier zwischen dem verbissenen Eifer, der hinter manchen Resolutionen steht, und ihren absehbaren Wirkungen „eine tränentreibende Differenz“.

Nach den Erfahrungen des deutschen Delegationsleiters liegt die eigentliche Funktion der IPU nicht in einer direkten politischen Wirkung, sondern in ihren Möglichkeiten als Kontaktbörse für Parlamentarier. Hier biete sich eine einzigartige Chance, zu neuen Begegnungen zu kommen und persönliche Kontakte zu vertiefen. „Das kann man in seiner Bedeutung nicht unterschätzen“, betont Lammert. Zudem sei die dauernde Aufgabe sehr wichtig, der Diskriminierung, Verfolgung und Bestrafung von gewählten Parlamentariern nachzugehen, die Fälle zu sammeln und immer wieder zur Sprache zu bringen.



IPU in Kürze

Seit 1889 existiert die Interparlamentarische Union (IPU). Ihre Gründung erfolgte auf Initiative des britischen Abgeordneten William Randell Cremer und des französischen Abgeordneten Frédéric Passy, die damit als internationale Vereinigung von Parlamentariern einen eigenen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt leisten wollten. Auch 115 Jahre später bemüht sich das inzwischen weltweit anerkannte Forum, dem Frieden und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu dienen. Hinzugekommen ist im Laufe der Zeit das Bestreben der IPU, dazu beizutragen, dass repräsentative Institutionen im Sinne des rechtsstaatlichen Demokratieverständnisses in allen Teilen der Welt entstehen.

Mit Stellungnahmen, Empfehlungen und Entschlüsse wendet sich die IPU sowohl an nationale Regierungen und Parlamente als auch an internationale Organisationen. In einer immer engeren Zusammenarbeit will sie zudem der Arbeit der Vereinten Nationen eine parlamentarische Dimension verleihen.

Wenn die IPU Fragen von internationalem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interesse erörtert und dazu Resolutionen verfasst hat, sind die Mitglieder verpflichtet, diese auf nationaler Ebene zu verbreiten und sich für eine Umsetzung einzusetzen. Eine Verbindlichkeit besteht jedoch nicht. Zu den Hauptaufgaben gehören zudem, Kontakte und Erfahrungsaustausche zwischen Parlamenten und Parlamentariern aller Länder zu fördern, Beiträge zum Schutz und zur Achtung der Menschenrechte zu leisten und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Einrichtungen beizutragen.

www.ipu.org

Tagung der IPU in Berlin.



OSZE in Kürze

Für die meisten Menschen ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein Begriff aus der Zeit, als sie noch keine Organisation, sondern eine Konferenz war und deshalb KSZE hieß. Sie war ein wichtiges Instrument für Entspannung und Vertrauensbildung zwischen West und Ost und förderte eine stärkere Beachtung der Menschenrechte hinter dem so genannten „Eisernen Vorhang“, denn sie lieferte mit der Schlussakte von Helsinki 1975 einen Maßstab, anhand dessen die Behandlung der Bürger durch den Staat überprüft werden konnte.

Die Umbenennung in OSZE folgte 1995. Heute zählen zu den 55 Mitgliedstaaten alle Länder in Europa, die Nachfolger der Sowjetunion sowie die USA und Kanada. Die OSZE soll ein Geflecht politischer Verpflichtungen stärken. Das Prinzip: Alle Mitglieder schulden einander Rechenschaft für ihre Beziehungen untereinander und für ihren Umgang mit den eigenen Bürgern. Deshalb gehören ungeteilte Sicherheit, Konfliktverhütung und Wiederaufbau nach Konflikten zu den wichtigsten Zielen. Innerstaatliche Konflikte und zwischenethnische Auseinandersetzungen haben der OSZE zusätzliche Aufgaben bei Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge zuwachsen lassen.

Aus diesem Grund sind neben den Institutionen der OSZE (Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten, Beauftragter für Medienfreiheit) die Vor-Ort-Missionen und Büros der OSZE stark gefordert. Sie werden im Konsens aller Mitglieder (Ständiger Rat) und im Einvernehmen mit dem Gastland eingerichtet.

www.osce.org
www.oscepa.org

Parlamentarier der OSZE

Unterwegs für mehr Sicherheit

317 Abgeordnete aus 55 Ländern arbeiten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammen und kommen dem nach, was die damalige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in der Charta von Paris 1990 festhielt: Parlamentarier könnten eine „wichtige Rolle ... im KSZE-Prozess spielen“. Das Ergebnis war 16 Jahre nach Helsinki die Konstituierung einer Parlamentarischen Versammlung. Beim Gipfeltreffen 1999 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs, die Versammlung als festen Bestandteil der OSZE-Strukturen anzuerkennen. Sie fügten hinzu: „Wir rufen die Parlamentarische Versammlung dazu auf, ihre Aktivitäten als wesentliches Element in unseren

Bemühungen um die Förderung der Demokratie, des Wohlstands und des wachsenden Vertrauens innerhalb der Teilnehmerstaaten und zwischen ihnen weiter auszubauen.“

Die Parlamentarische Versammlung tritt zu Jahres-, Herbst- und Wintertagungen zusammen. Daneben bestehen drei Fachausschüsse: einer für politische Angelegenheiten und Sicherheit, einer für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt und einer für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Auf Deutschland entfallen in der Versammlung 13 Sitze. So sind sechs SPD-Abgeordnete, fünf der CDU/CSU und je einer von FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie ihre jeweiligen Vertreter mit dabei.

Leiter der deutschen Delegation ist Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD). Charakteristisch ist für ihn das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE: Sicherheit sei mehr als Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung und Krisenmanagement, denn „ohne ausreichende Beachtung der Menschenrechte sowie der wirtschaftlichen

und ökologischen Entwicklung sind Sicherheit und Frieden nicht nachhaltig zu erreichen.“ Deshalb berücksichtige die OSZE „drei Dimensionen der Sicherheit: die menschliche, die politisch-militärische und die ökonomisch-ökologische Dimension“.

Die Abgeordneten seien in Plenartagungen, Ausschusssitzungen sowie in Programmen, Konferenzen und Seminaren aktiv, wobei den Wahlbeobachtungen und Besuchen bei Feldmissionen besondere Bedeutung zukomme. Nach der Feststellung Thierse werden die Beschlüsse und Empfehlungen dem Rat nicht nur zugeleitet, sondern in einigen Fällen

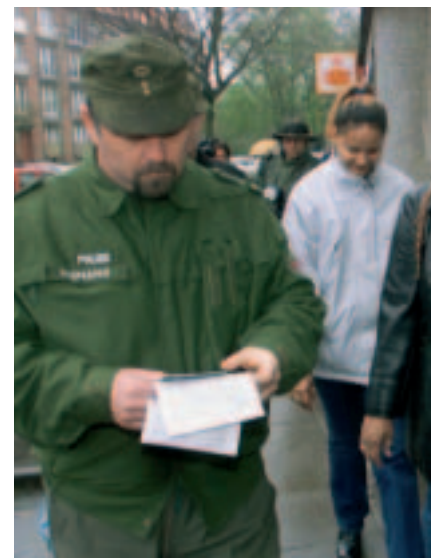


Organization for Security and Co-operation in Europe
PARLIAMENTARY ASSEMBLY

von ihm auch direkt umgesetzt – so sei im Dezember 2003 die Einrichtung eines

Sonderbeauftragten für Menschenhandel beschlossen worden, wie es die Parlamentarische Versammlung zuvor gefordert hatte. Auch die Verstärkung des Mandats des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten durch die Einbeziehung so genannter neuer Minderheiten sei auf eine Forderung der Parlamentarischen Versammlung zurückgegangen. Manches, insbesondere bei den inneren Reformen der OSZE, stehe noch aus. Problematisch ist nach Thierse etwa das Konsensprinzip, wofür die Versammlung schon lange Alternativen vorschläge.

Einsatz gegen Menschenhandel.



Parlamentarier des Europarates

Europas größtes politisches Forum

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates war nicht nur das allererste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg, mit heute 626 Abgeordneten (313 ordentliche und 313 stellvertretende) ist es auch das größte politische Forum Europas. Die Versammlung begleitet die Arbeit des Ministerkomitees und gibt immer wieder eigene Anstöße. Vier Mal im Jahr tagt die Plenarversammlung, alle sechs bis sieben Wochen treten die Ausschüsse zusammen. Außer dem Politischen Ausschuss gibt es einen für Geschäftsordnungsangelegenheiten, einen für Wirtschaft und Entwicklung, einen für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, einen für Recht und Menschenrechte, einen für Kultur, Wissenschaft und Bildung, einen für Umwelt und Landwirtschaft, einen für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, einen für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen und einen für die Gleichstellung von Frauen und Männern – auch diese Fülle vermittelt einen Eindruck von dem wichtigen und breiten Aufgabenspektrum.

Die deutsche Delegation besteht aus 18 ordentlichen Mitgliedern (acht von der SPD, sieben von der CDU/CSU, zwei

von Bündnis 90/Die Grünen und eines von der FDP). Sie wird geleitet von Rudolf Bindig (SPD), der zugleich Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung ist. Wie stark sich die deutschen Abgeordneten engagieren, wird unter anderem auch darin deutlich, dass Vizedelegationsleiter Eduard Lintner (CDU/CSU) Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Menschenrechte ist.

Nebenbei ist nach Bindigs Erfahrungen die verantwortungsvolle Arbeit im Europarat nicht zu erledigen. Er schätzt die Verteilung seines Zeitaufwandes auf ein Drittel Bundestag, ein Drittel Wahlkreis und ein Drittel Europarat. Und dieser Einsatz lohnt sich. Bei der Weiterentwicklung des Völkerrechtes auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes konnte er verantwortlich mitarbeiten,

die Aufnahme Estlands in den Europarat hatte er zu betreuen, dann die Aufnahme der Russischen Föderation, für die er eine lange Liste vorher zu erfüllender Bedingungen mit aufstellte. Jetzt beobachtet er, ob die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Das bedeutet, dass Bindig direkten Zugang zu höchsten Repräsentanten hat, sich jederzeit ein eigenes Bild etwa von der Situation in Tschetschenien machen kann – und dass natürlich viele seiner Telefonate und Gespräche nicht ohne Folgen bleiben. Am Beispiel des Umgangs mit der Türkei schildert Bindig zudem den Unterschied zwischen Bundestag und Europarat: „Wenn die Betroffenen dabei sind und direkt reagieren können, wenn man nicht über jemanden, sondern mit einem spricht, verläuft das Gespräch natürlich völlig anders.“ So nehme jeder deutsche Parlamentarier aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates immer wieder eine Fülle wichtiger Erkenntnisse mit in den Bundestag.



Schüler in Tschetschenien.



Europarat in Kürze

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 als erste europäische Staatenorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen. Er zählt 45 Mitgliedsländer und eine Reihe von Beobachtern. Deutschland gehört ihm als Vollmitglied seit 1951 an. Zu den Aufgaben des Europarates gehören mit Blick auf eine größere europäische Einheit der Schutz der Menschenrechte und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen für die Probleme unserer Zeit wie Fremdenhass, Minderheitenschutz und Umweltschutz.

Schrittmacherfunktion bekam der Europarat nach dem Fall der Mauer und der Öffnung des Ostens für die Integration der entstehenden neuen Demokratien. Frühzeitig mit eingebunden, fanden sie im Europarat Orientierung und Verankerung. Wichtiger Meilenstein war die Aufnahme Russlands, dem eine intensive Überprüfung (und damit auch innere Korrektur) des institutionellen und rechtlichen Gefüges voranging.

Der Europarat hat unter anderem durch rund 200 europäische Abkommen und Rahmenkonventionen maßgeblich zur Rechtsangleichung in Europa, zum Schutz von Menschenrechten, zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie und zu einem Bewusstsein für die europäische Identität beigetragen. Sein Aufbau besteht aus dem Ministerkomitee mit den Außenministern, der Parlamentarischen Versammlung und dem Kongress der Regionen und Gemeinden.

Nicht verwechselt werden sollte der Europarat mit dem Europäischen Rat, dem die Staats- und Regierungschefs der EU angehören. Der Europäische Rat spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der EU-Politik.

<http://assembly.coe.int>
www.coe.int

WEU in Kürze

Die Westeuropäische Union (WEU) ist ein eher jenseits öffentlicher Wahrnehmung wirkendes Verteidigungsbündnis. 1948 gegründet, ist die WEU älter als die NATO und mit den umfassenden gegenseitigen Beistandsverpflichtungen (bei Angriffen auf ein Mitglied leisten die anderen „alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung“) auch deutlich wirksamer, als es im Entwurf der EU-Verfassung für die künftige Sicherheitspolitik der Europäischen Union vorgesehen ist. In den 80er Jahren wieder belebt, ist die Geschichte der WEU mit intensiven sicherheitspolitischen Konzeptionen für Europa und mit Rüstungskoordination verknüpft, wiewohl die operativen Angelegenheiten durch die Neuorientierung der europäischen Sicherheitsarchitektur deutlich zurückgedrängt wurden. Noch nicht entschieden ist, ob, und wenn ja, wann die Aufgaben der WEU vollständig von der EU übernommen werden können und sollen. Bis 2007 kommt Europa nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen und Militärperspektiven keinesfalls ohne die WEU aus.

Das Verteidigungsbündnis zählt zehn ordentliche Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Großbritannien und Griechenland), sechs assoziierte Mitglieder (Island, Norwegen, Türkei, Polen, Tschechische Republik und Ungarn), fünf Beobachter (Schweden, Österreich, Finnland, Irland und Dänemark) sowie sieben assoziierte Partner (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakische Republik und Slowenien).

www.weu.int
www.assembly-weu.org

Parlamentarier der WEU

Offensiv für die Defensive

Die 115 Parlamentarier und die 115 Vertreter der assoziierten und beobachtenden Staaten bilden eine Versammlung, die nicht neben der Westeuropäischen Union (WEU) existiert, sondern originärer Bestandteil der WEU-Organen ist. Entgegen der schwindenden Bedeutung der Westeuropäischen Union insgesamt scheint die Wahrnehmung der Interparlamentarischen Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung sogar eher zugenommen zu haben. Schließlich geht es um die spannende Frage, wie die nationalen Parlamente in die europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsentscheidungen eingebunden bleiben, wenn einerseits immer mehr Kompetenzen vom nationalen auf den europäischen Rah-

men übertragen werden und andererseits die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf Regierungsebene innerhalb des transatlantischen Bündnisses NATO ein zunehmendes Selbstbewusstsein entwickelt. In Fachzirkeln wird deshalb ein Vorschlag der WEU-Versammlung sehr intensiv erörtert, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsversammlung zu etablieren, in der die Aktivitäten der EU auf dem Gebiet der Sicherheit aus der Perspektive der nationalen Parlamentarier überwacht werden können.

Einstweilen gibt es dafür aber noch die WEU-Versammlung, die zweimal

jährlich zu Plenarsitzungen zusammentritt und deren sechs Ausschüsse sich häufiger treffen. Neben dem Verteidigungs- und dem Politischen Ausschuss gibt es einen Ausschuss für Technologie und Raumfahrt, einen Haushaltsausschuss, einen Geschäftsordnungsausschuss und einen für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

18 Köpfe zählt die deutsche Delegation, deren Mitglieder mit der Delegation in der Versammlung des Europäischen Parlamentes identisch sind und die von Joachim Hörster (CDU/CSU) geleitet wird. Die Parlamentarische Versamm-

lung habe wichtige Impulse für die Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geliefert und eine beträchtliche Anzahl von Vorschlägen zu den verschiedenen

Themen (etwa zum Militärstab, zu den militärischen Fähigkeiten oder zum Nachrichtenwesen) erarbeitet.

Der Arbeitsstil in der WEU-Versammlung ist nach Hörsters Empfinden mitunter ausgeprägt diplomatisch. Aber wenn dann die Türen der Fraktionsäle geschlossen werden, komme es zu einem sehr offenen Umgang, der häufig nicht nur „bemerkenswerte Konstellationen“ zwischen den Parlamentariern verschiedener Länder bewirke, sondern auch hochinteressante Erkenntnisse über den Stand der sicherheitspolitischen Meinungsbildung in anderen europäischen Parlamenten vermittele. Die große Flexibilität im Umgang mit assoziierten und beobachtenden Mitgliedern und Partnern hat sich nach Hörsters Erfahrung als „gute Einrichtung“ erwiesen, die es etlichen Ländern ermögliche, sich in kleinen Zwischenschritten der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsidentität anzunähern.



Eurokorps.



Parlamentarier der NATO

Initiativen für das Bündnis

248 Parlamentarier aus den NATO-Mitgliedstaaten begleiten als ordentliche Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der NATO den Diskussions-, Entscheidungs- und Umbauprozess im transatlantischen Bündnis. Bei der NATO-Erweiterung und bei den Partnerschaften für den Frieden spielte die Parlamentarische Versammlung eine Vorreiterrolle, und so verwundert es nicht, dass an ihren Tagungen inzwischen auch 59 assoziierte Delegierte aus mittel- und osteuropäischen Ländern teilnehmen, die nicht Mitglied der NATO sind.

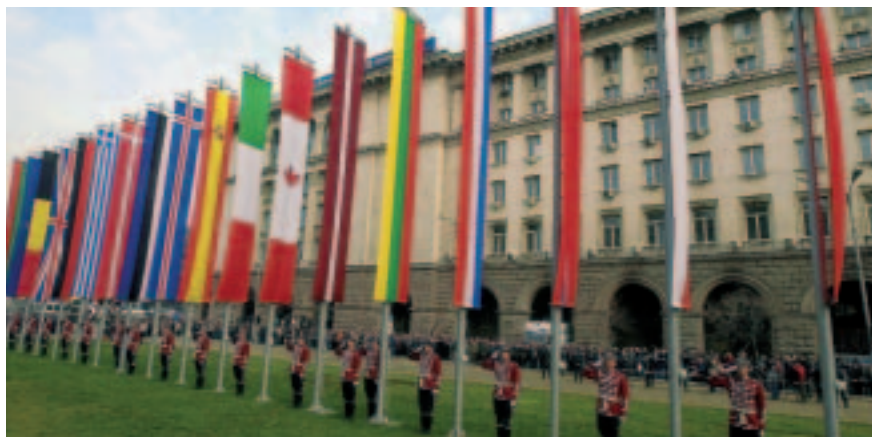
Neben den jährlich zweimal stattfindenden Plenartagungen halten Fachausschüssen die Meinungsbildung in Gang. Es existiert ein Politischer Ausschuss, ein Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, einer für Wirtschaft und Sicherheit, einer für die zivile Dimension der Sicherheit und einer für Wissenschaft und Technologie. Daneben gibt es auch Unterausschüsse, die noch spezialisierteren Fragen nachgehen.

Die deutsche Delegation besteht aus 18 Mitgliedern und ihren Vertretern. Zwölf kommen aus dem Bundestag, sechs aus dem Bundesrat. Delegationsleiter ist der SPD-Abgeordnete und frühere DDR-Außenminister Markus Meckel. Er hebt als eine Besonderheit hervor, dass die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO zumeist gemeinsame Positionen vertritt. Das sei zwar, gerade bei heftig umstrittenen

Themen wie etwa dem Irak-Krieg, nicht immer möglich. Doch es sei der deutschen Delegation „meistens gelungen, innenpolitischen Dissens nicht nach außen zu tragen“.

Spannend war nach Meckels Eindruck die Entwicklung einer stärkeren europäischen Dimension innerhalb der NATO, wie sie sich in den Debatten innerhalb der Parlamentarischen Versammlung widerspiegelte. So wie sich die Mitglieder der nationalen Parlamente häufig unterscheiden ließen in Europäer und Transatlantiker, hätten manche NATO-Parlamentarier anfangs auch Probleme damit gehabt, die europäischen Interessen innerhalb des Bündnisses stärker zum Ausdruck zu bringen. Vor einem Jahr schlug sich die amerikanische Skepsis gegenüber der schärfer akzentuierten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch in massiven Anfragen innerhalb der Parlamentarischen Versammlung nieder. „Da wurde schon sehr intensiv diskutiert“, erinnert sich Meckel. Und aus europäischer Sicht habe diese Auseinandersetzung auch dazu beigetragen, die Europäer näher an die Wahrnehmung eigener Vorstellungen heranzuführen. Schwer messbar ist für Meckel der Einfluss der Parlamentarischen Versammlung. Die Beachtung durch die NATO-Gremien sei jedoch enorm, und beispielsweise bei der NATO-Erweiterung glaubt er, dass durch die Initiativen in der Versammlung der Prozess „mit vorangekommen ist“.

Feier zur Osterweiterung.



NATO in Kürze

Die „North Atlantic Treaty Organisation“ (Nordatlantikpakt-Organisation, NATO) wurde am 4. April 1949 gegründet. Ihre derzeit 26 Mitglieder verpflichten sich gegenseitig, die Freiheit und Sicherheit aller durch politische und militärische Mittel sicherzustellen. Einem viel zitierten Bonmot zufolge lag der wesentliche politische Zweck des Bündnisses in der Gründungsphase darin, die Amerikaner an Europa zu binden, die Russen aus Europa herauszuhalten und die Deutschen zu zähmen („keep the Americans in, the Russians out and the Germans down“). Die Verteidigung ist auch nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion eine wesentliche Aufgabe geblieben.

Wichtig wurde jedoch auch die Zusammenarbeit, die aus ehemaligen Gegnern neue Partner und sogar Mitglieder der NATO werden ließ. Krisenbewältigung und Friedenserhaltung – sichtbar geworden etwa in der Kosovointervention oder im Afghanistanengagement – traten ebenfalls hervor. Das neue strategische Konzept der NATO vom April 1999 hat die Veränderungen aufgegriffen. Danach zählen zu den wichtigen Aufgaben der NATO:

- transatlantische Bindungen zu fördern und zu stärken,
- effektive militärische Fähigkeiten aufrechtzuerhalten (auch im Hinblick auf terroristische Bedrohung),
- die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu unterstützen,
- Krisen zu bewältigen und Konflikte zu verhüten,
- viele weitere Länder in einen partnerschaftlichen Meinungsaustausch einzubeziehen (wie Partnerschaft für den Frieden, NATO-Russland-Rat),
- zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beizutragen.

www.nato.int
www.nato-pa.int

Weitere parlamentarische Organisationen

Im Juni 1992 wurde die Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PAB-SEC) von elf Ländern gegründet. Um den Schwarzmeerraum durch verstärkte Zusammenarbeit zu einer Region der Stabilität, des Wohlstands und des Friedens zu machen, beschlossen Parlamentspräsidenten der beteiligten Länder acht Monate später die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung. Der Bundestag entsendet Beobachter zu den Versammlungen.

Ein Jahr vor der Gründung des Ostseerates durch die Regierungen im Jahr 1992 gründete sich die parlamentarische Ostseekooperation. In den folgenden Jahren erstattete der Ostseerat der parlamentarischen Kooperation Bericht über seine Vorhaben, nach Jahrzehnten der Trennung sich über alle gemeinsam berührenden Themen auszutauschen. 1998 fiel der Entschluss, der Regierungsseite eine parlamentarische Dimension mit gefestigteren Strukturen beizuzurechnen.

Als parlamentarische Begleitung der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien fand auf Einladung des Bundestages am 2. Juni 2004 ein internationales Parlamentarierforum statt. Hieran nahmen 200 Abgeordnete aus 70 Ländern teil. Dieses Forum ist allerdings keine ständige Einrichtung.

Um die Stabilität im Mittelmeerraum zu fördern, gründete sich im März 2004 die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung. 240 Abgeordnete aus den Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU sowie der südlichen Mittelmeerränder treffen sich jährlich, um den Barcelona-Prozess parlamentarisch zu begleiten. Deutschland entsendet drei Abgeordnete.

www.pabsec.org
www.bspc.net
www.ipf-renewables2004.de

Ostseeparlamentarierkonferenz Gemeinschaft der Anrainerstaaten

Wo man miteinander redet, bekriegt man sich nicht.“ Die Feststellung von Franz Thönnies (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Leiter der Bundestagsdelegation in der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), kommt nicht von ungefähr. Die Ostsee war jahrzehntelang ein zwischen den Militärblöcken geteiltes Meer. Heute sind 95 Prozent der Küste des „Mare Balticum“ EU-Gebiet. Der Fall des Eisernen Vorhangs brachte eine unumstößliche Tatsache zum Vorschein: Die Probleme rund um die Ostsee sind für jeden Anrainer so groß, dass keines von einem Land allein gelöst werden kann. „Das wissen alle, die da in der Ostseeparlamentarierkonferenz zusammensitzen“, betont Thönnies.

Dazu entsenden die nationalen und die regionalen Ostseeanrainerparlamente aus Deutschland und Russland vier bis fünf Delegierte, schicken daneben auch regionale Organisationen und parlamentarische Versammlungen Beobachter. Die deutschen Vertreter kommen aus den Landtagen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie aus der Bremischen Bürgerschaft, der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Bundestag.

Nicht allein zu lösen – ein nahe liegendes Beispiel stammt aus der Sicherheit der Schifffahrt. Eines der meistbe-

fahrenen Gewässer der Welt ist grenzüberschreitend darauf angewiesen, dass die Standards von jedem Anrainer peinlich genau überwacht werden und dass parallel dazu die internationalen Regeln möglichst noch verschärft werden, damit Katastrophen vermieden werden, die ökologische und ökonomische Systeme einer ganzen Region stören oder zerstören können. Bandenkriminalität und Drogenhandel sind ebenfalls nicht auf einzelne Länder beschränkt, müssen auch durch eine gemeinsame Strategie bekämpft werden.

Nicht zuletzt ist für Thönnies der exorbitante Anstieg von AIDS-Erkrankungen in einigen Ostseeanrainerstaaten Anlass zu großer Sorge. In seiner Funktion an der Nahtstelle zwischen Regierung und Parlament hat er es leichter, drängende Aspekte in die Regierungsarbeit einzuspeisen. Er freut sich aber



BSPC
Baltic Sea Parliamentary Conference

auch, dass das seit Jahren verfolgte Projekt einer Ostsee-Jugendstiftung nun Konturen bekommt. Die Parlamentarierkonferenz sieht er jedoch auch als ideale Möglichkeit, innerhalb eines immer größeren Europas regionale Identitäten zu stiften. Einen „besonderen Charme“ und eine besondere Chance beinhaltet dabei der Umstand, dass zum Beispiel über Kaliningrad und Russland auch Nicht-EU-Mitglieder in die Parlamentarierversammlung eingebunden sind.

Herstellung von Schleppnetzen in Rostock.



Austausch- und Praktikumsprogramme

Nachwuchs für die Politik



Wolfgang Thierse und Wolfgang Börnsen (l.) begrüßen Stipendiaten.

Zweimal drei Buchstaben, die für die Zukunft der Verständigung zwischen den Völkern stehen: IPP und PPP sind internationale Austausch- und Praktikumsprogramme des Bundestages, die sich auch nach 18 beziehungsweise 21 Jahren übertragenden Interesses erfreuen und hinsichtlich ihrer nachhaltigen Wirkungen als Erfolgsgeschichte gelten können.

Internationale Parlamentspraktika (IPP) richten sich an ausländische Hochschulabsolventen. Dieses Programm veranstaltet der Bundestag unter Mithilfe von drei Berliner Hochschulen. Es gibt Jahr für Jahr 97 vom Bundestag und den örtlichen deutschen Botschaftsvertretern „handverlesenen“ jungen Menschen aus 21 Ländern die Gelegenheit, in Form einer Kombination aus Stipendium und Praktikum den Ablauf der parlamentarischen Demokratie aus nächster Nähe zu erleben. Stets beginnt es auf der einen Seite mit einer Anfrage des Bundestagspräsidenten bei den Abgeordneten, wer einen Praktikanten in seine Bürogemeinschaft aufnehmen will, auf der anderen Seite mit einem mehrstufigen Auswahlverfahren, bei dem eine kleine Zahl von Hochschulabsolventen zwischen 22 und 30 Jahren gewonnen wird.

Die aktuelle Zusammenstellung des nächsten Praktikantenjahrgangs: Je drei kommen aus Albanien, Bosnien-

Herzegowina, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Slowakei, Slowenien, je fünf aus Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Polen, Rumänien, Serbien und Montenegro, Tschechien, der Ukraine und Ungarn sowie je zehn aus Russland und den USA. Hinzu kommt das deutsch-französische Parlamentspraktikum mit fünf Teilnehmern – dieses ist das Einzige, das auf Gegenseitigkeit beruht.

Am Anfang des fünfmonatigen Deutschlandaufenthaltes stehen Einführungen in das akademische Leben, in die parlamentarische Arbeit und in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Dann geht es sofort an den Schreibtisch in den Abgeordnetenbüros und zwischenzeitlich auch in die Wahlkreise. Nebenbei können die Stipendiaten auch Lehrveranstaltungen belegen.

Eine eigene Dynamik hat sich aus der gemeinsamen Unterbringung in einer Anlage von Wohnungen in Berlin entwickelt.

Zum Beispiel, weil jeweils zwei Stipendiaten in möglicherweise ungewohnter nationaler Konstellation in einer Wohnung untergebracht sind. Zum Beispiel aber auch, weil die Teilnehmer sich auch untereinander über die eigene Herkunft in Form von „Länderabenden“ aufklären. Es entsteht in diesen fünf Monaten ein Netz von Nachwuchskräften der politischen

Führungsriege, die in ihrer Heimat ihren Weg machen und dabei Deutschland als Bezugspunkt niemals mehr aus den Augen verlieren.

Vereinzelt haben sich sogar schon Ehemaligenorganisationen gebildet: in Ungarn und den USA sogar bereits als eingetragene Vereine. Man trifft sich im „Bundestag Club 90“. Erstmals traf in Berlin nun als Dankeschön des bulgarischen Parlaments eine Gegeneinladung für fünf deutsche Hochschulabsolventen zu zehn Tagen Sofia ein.

Unter dem Stichwort der Unterstützung entstehender und junger parlamentarischer Systeme steht im Übrigen auch das IPAH-Programm, in dessen Rahmen Mitarbeiter des Bundestages auf Zeit und auf Anforderung „Interparlamentarische Ausbildungshilfe“ geben und vor Ort erklären, wie man zum Beispiel eine Geschäftsordnung erarbeitet oder Ausschusseksretariate aufbaut.

Zudem gibt es im jährlichen Wechsel einen Austausch von Mitarbeitern der Parlamentsverwaltungen mit Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Polen, Israel, der russischen Föderation und Griechenland. Am Austausch mit dem US-Kongress nehmen jährlich Mitarbeiter der Bundestags- und Bundesratsverwaltung sowie Fraktionsmitarbeiter teil.

Einen regelrechten Run gibt es Jahr für Jahr auf das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) von Bundestag und US-amerikanischem Kongress. Bislang bekamen auf diesem Weg bereits rund 15.000 deutsche und amerikanische Jugendliche die Möglichkeit, ein Austauschjahr im jeweiligen Gastland zu verbringen. Mit der Übernahme von Patenschaften engagieren sich auch die Abgeordneten. Das Interesse ist überragend. Im vergangenen Jahr kamen elf Bewerbungen auf einen Schüler-Stipendienplatz und fünf Bewerbungen auf ein Angebot für junge Berufstätige.

www.bundestag.de (Dialog)



Für die Augen ein Fest, für den Kopf eine Herausforderung



MONIKA HEIN arbeitet in der Bibliothek des Bundestages. Wenn sie in der Rotunde und unter blauen Neonbuchstaben sitzt, ist sie sicher, den schönsten Arbeitsplatz der Stadt zu haben.

Monika Hein glaubt fest an die Magie der Worte und die Anziehungskraft des Buches, in dem sich Worte zu Sätzen fügen. „Noch in hundert Jahren“, sagt sie und schenkt ein strahlendes Lächeln, „werden Menschen am Strand des Wannesees liegen und Bücher lesen. Und noch in hundert Jahren wird es Bibliotheken geben, die sich Tag für Tag mit Wissbegierigen füllen.“

Hoch über dem Kopf der 39-Jährigen leuchtet die Neoninstallation „Blauer Ring“ des Künstlers Maurizio Nannucci. Aus Buchstaben formen sich Worte von Hannah Arendt zu einem klugen Gedanken. Monika Hein liebt kluge Gedanken und die Poesie der Worte. Und wenn sie könnte, stellte sie jedem Menschen, den sie kennen lernt, die Frage: „Was lesen Sie gerade?“ Sie ist Bibliothekarin mit Leib und Seele. Und sie arbeitet in einer Bibliothek, die jedem, der sie zum ersten Mal betritt, Begeisterung entlockt. Das ist eine Behauptung, aber sie stimmt.

Die drittgrößte Parlamentsbibliothek der Welt, untergebracht im Bundestagsneubau Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, beherbergt 1,3 Millionen Bände, rund 9.200 Periodika, Spezialsammlungen von Parlamentsmaterialien und Amtsdruckschriften. 20.000 Bücher und 1.400 Zeitschriftentitel stehen in der in fünf Ebenen gegliederten Rotunde, die zugleich Monika Heins Arbeitsplatz ist. Von hier blickt man auf die Spree und über die Spree hinweg auf das Reichstagsgebäude.

Wer hier arbeitet, bringt die Benutzerinnen und Benutzer zum Ziel, erfüllt ihre Wünsche, nimmt sich ihrer Begehren an, berät sie und beantwortet ihre Fragen. Nicht immer im direkten Gespräch, viele Wünsche werden per Telefon oder E-Mail geäußert. Meist sind es Rechercheaufträge, denen es sich über gezielte Nachfragen zu nähern gilt. Kann sein, dass sie am Anfang so klingen: „Ich bräuchte was zur Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa.“ Die dazu vorhandene Literatur in der Bibliothek des Bundestages füllt wahrscheinlich einen Kleinlaster. Nützte aber dem Fragenden, der unter Zeitdruck steht, recht wenig. Also fragen die Bibliothekarinnen und Bibliothekare so lange, bis klar ist, welche Informationen genau gefragt sind. Stich- und Schlagwörter werden gesucht, Zeiträume eingeschränkt, Bereiche konkretisiert.

Viele dieser Anfragen kommen direkt von den Abgeordnetenbüros oder auch von der Hotline W, einem Servicedienst des Bundestages für Abgeordnete, wenn es um Informationen, Recherchen, Materialzusammenstellungen geht. Hotline W und Bibliothek gehören beide zu den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages.

Was Monika Hein zum Beispiel unglaublich gern macht: Zitate suchen. Jemand möchte einen richtig gut formulierten Gedanken zu den Tendenzen der Globalisierung. Am liebsten von einem nordrhein-westfälischen Politiker, der früher in der Wirtschaft gearbeitet hat. Das ist konstruiert, aber keinesfalls weit hergeholt.

In der Bibliothek arbeiten alles in allem rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine ausgefeilte Logistik sorgt dafür, dass die Wartezeiten für bestellte Bücher kurz sind und selbst das scheinbar Unmögliche wahr gemacht wird. In den großen Magazinen des Untergeschosses werden aus Monika Heins Aufträgen und denen ihrer Mitsstreiter Bücherstapel. Wer sie bekommt, um damit zu arbeiten, fühlt sich gut bedient.

Jeden Monat kommen rund 2.000 Neuzugänge in die Regale der Magazine. Bücher sind nach Größe und Art



der Bindung sortiert. P1 bis P7 stehen für das kleinste und das größte Paperback-Buch, alle durch graue Einbände geschützt und mit einer Signatur versehen. Das sieht nicht richtig schön aus, es sei denn, man mag monochrome Strenge, aber es ist praktisch und pflegeleicht. G steht für Tafelwerke und M für gebundene Bücher, die sich farbenfroh präsentieren und auch dem Auge ein Fest sind.

„Die Bibliothek wächst nur in eine Richtung“, erklärt Monika Hein. „In den Regalen sind die Bücher nach Größe geordnet. Das ist einfacher, bedarf aber natürlich für jeden Neuankommeling der Erklärung. Wer hier sucht, braucht die Signatur.“ Wer je versucht hat, seine Bücher zu Hause nach Alphabet oder thematisch zu sortieren, wird wissen, dass dies ab einer bestimmten Menge nicht mehr möglich ist. Man kauft sich sämtliche Bände von Paul Auster und stellt fest, dass alle Bücher umgestellt werden müssen, weil bei A kein Platz mehr ist.

„Wir haben“, sagt Monika Hein, „den Faden der Ariadne in der Hand. Und den in der Hand zu behalten, ist sicher die größte Herausforderung. Heute wird man täglich mit so vielen Informationen zugeschüttet, dass es

wichtig ist, verlässliches und relevantes Wissen zu finden und zu systematisieren. Zur besseren Orientierung bieten wir deshalb jeden Mittwochvormittag einen kleinen Einführungskurs für neue Benutzer.“

In der Reihe der Traumberufe stand für die Frau mit den dunklen, kurzgeockten Haaren, die wahrscheinlich jeden mit ihrem Lächeln betören kann, Bibliothekarin nicht an erster Stelle. Dolmetscherin wollte sie werden, Lehrerin und dann erst Bibliothekarin. Auf jeden Fall sollte es ein Beruf sein, bei dem sie viel mit Menschen zu tun hat. Ihre Entscheidung hat sie nie bereut. Als Bibliothekarin übersetzt sie nicht nur Sätze, die andere schon vor ihr gesagt haben, und hat fast immer mit Menschen zu tun, die neugierig und wissbegierig sind. Für jede Lehrerin eine Traumklientel.

Studiert hat Monika Hein in Köln, in der Bundestagsbibliothek begann sie 1993 zu arbeiten. Von 1998 bis 2001 gab es eine Zwischenstation in Washington, in der Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts. Kurz nach dem Studium hatte sie bereits Berufserfahrung im DHI in London gemacht. „Ich habe es wirklich geschafft, mit meiner Ausbildung viel

zu reisen. Ist das nicht wundervoll?“ Ja, das ist es, zumal die Vorstellung von diesem Beruf häufig auf das Bild von älteren Damen, die wahlweise streng oder schüchtern sind und staubige Bücher sortieren, hinausläuft. Klischees sind hartnäckig, auch das von der Bibliothekarin, die regelmäßig im Lesesaal über ihren Brillenrand schaut und ein „Pst“ in Richtung Störenfriede schickt. Der Typ ist Monika Hein ganz gewiss nicht. Wird sie auch nie werden.

Zurück nach Washington. Dort habe sie sich als so etwas wie eine „Minibotschafterin“ gefühlt, sagt sie. Die Bibliothek umfasste nur 30.000 Bände und Monika Hein war für alles verantwortlich, vom Schreiben der Signaturschildchen bis zur Ausleihe und Beratung. Es kam vor, dass an einem Abend auf CNN eine große Dokumentation über den Holocaust im Fernsehen lief und am nächsten Tag viele Menschen in der Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts anriefen, weil sie aufgewühlt waren, Fragen hatten, Statements abgeben wollten. Aus solchen Erlebnissen speiste sich Monika Heins Gefühl, mehr zu sein als nur Bibliothekarin – sie war eben auch Deutsche und vertrat eine deutsche Institution.

Das tut sie auch in der Bundestagsbibliothek, und es gefällt ihr. Vor allem dann, wenn sie viel direkten Kontakt mit Menschen hat. Und wenn es das gibt, was die Engländer „instant gratification“ nennen, ein spontanes Dankeschön für schnelle und professionelle Hilfe, für Rettung aus kleinen Nöten, für befriedigte Neugier.

Die Frage, was jemand gerade liest, kann sie allerdings eher selten stellen. Sie selbst hat gerade das sechste von sechs Büchern gelesen, die den Titel „Stadtgeschichten“ tragen und in San Francisco spielen. Jedes neue Buch, das sie erwirbt, ist die Möglichkeit einer Entdeckung, eines bleibenden Eindruckes. „Ich habe lange in einer Bibliothek in der Erwerbungsabteilung gearbeitet. Jeden Tag kamen die fabrikneuen Bücher, und wenn man sie auspackte – das war ein unverwechselbarer Geruch. Bücher riechen unglaublich gut.“

Text: Kathrin Gerlof

Fotos: studio kohlmeier

„Noch in hundert Jahren wird es Bibliotheken geben!“





Aktion für ein EU-Referendum.

Forum: **EU-Verfassung und Volksentscheid**

Welche Stimme zählt?

Wer soll über die Verfassung der Europäischen Union entscheiden – die nationalen Parlamente oder die Bürger der Union? In acht Ländern ist eine Volksabstimmung sicher. Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen für ein Referendum. Doch wie viel direkte Demokratie lässt das Grundgesetz zu?

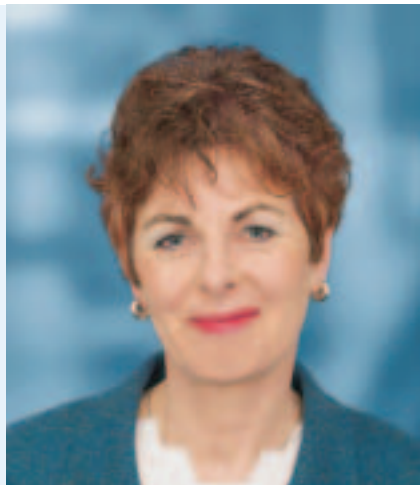
Text: Gregor Mayntz, Fotos: Bundestag, ddp, picture-alliance, Grafik: Karl-Heinz Döring



Die Europäische Union ist im Mai um zehn Staaten gewachsen und damit endgültig zur Gemeinschaft geworden, die den Kontinent prägt. Sie greift in das Leben jedes EU-Bürgers immer weiter ein – spätestens der Verfassungsentwurf der Europäischen Union macht deutlich, dass es hier nicht um irgendeine Organisation auf zwischenstaatlicher Ebene zur Regelung irgendwelcher Einzelfragen geht.

Artikel 1 ist unmissverständlich: „Geleitet von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Staaten Europas, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten, begründet diese Verfassung die Europäische Union, der die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen.“ Es geht also um den Willen der Bürgerinnen und Bürger – und damit versteht sich von selbst, dass die Debatte um Volksabstimmungen auch in Deutschland neu entbrannt ist. Was ist möglich? Und wie handeln die anderen?

Wer entscheidet über die EU-Verfassung?



Mehr Mitsprache

Angelica Schwall-Düren, SPD

Ob sich in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger künftig stärker in die demokratischen Prozesse einbringen können, darf nicht allein auf die Ratifizierung der Europäischen Verfassung begrenzt sein. Es geht auch nicht um eine Wahl zwischen parlamentarischer und direkter Demokratie. Im Mittelpunkt steht vielmehr die grundsätzliche Frage, ob wir bereit sind, unserer Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung dauerhaft neue Impulse zu verleihen?

Die SPD hat sich bereits vor vielen Jahren für mehr Bürgerbeteiligung in der Politik ausgesprochen. Alle Versuche, die dafür notwendigen Änderungen des Grundgesetzes zu vereinbaren, sind jedoch bislang am Widerstand von CDU/CSU und FDP gescheitert. Unser Ziel ist es, die Bürgerbeteiligung in Deutschland insgesamt zu stärken. Daher wäre eine Einzelfallregelung über ein isoliertes Referendum nur zur Europäischen Verfassung lediglich eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein wirklicher Zugewinn an direkter Demokratie ist es keineswegs, wenn die Menschen innerhalb mehrerer Jahrzehnte ein- oder zweimal über europäische Fragen abstimmen können, während sie in der täglichen politischen Praxis davon ausgenommen sind. Eine „Lex-Europa“ wird es daher mit der SPD nicht geben. Das wäre ein bloßer Etikettenschwindel.

Stattdessen wird die SPD, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, noch in diesem Herbst einen umfassenden eigenen Gesetzentwurf einbringen, der insgesamt die Verankerung plebiszitärer Elemente, also auch die Möglichkeit eines Referendums über die EU-Verfassung, im Grundgesetz vorsieht. Ob diese Initiative Erfolg hat, hängt jetzt in erster Linie von der Kooperationsbereitschaft der Opposition im Bundestag ab.



angelica.schwall-dueren@bundestag.de
www.schwall-dueren.de



Der Wille der Bürgerinnen und Bürger – das ist bei der EU-Verfassung schwierig zu fassen. Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht um einen Verfassungsentwurf gerungen, der Chancen hat, in allen Mitgliedstaaten angenommen zu werden – das hat der Verfassungskonvent für sie getan, der sich unter anderem aus Vertretern der EU-Kommission, des EU-Parlaments, der nationalen Regierungen und der nationalen Parlamente zusammensetzte. Die Bürgerinnen und Bürger haben es auch nicht in mehreren Anläufen geschafft, in einem Prozess des Gebens und Nehmens die unterschiedlichen

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet.“
(Artikel 2 EU-Verfassung)

„Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ (Artikel 3, 1 EU-Verfassung)

Interessen aus den einzelnen Ländern unter einen Hut zu bringen – das haben die Staats- und Regierungschefs für sie getan. Nun soll der Verfassungsentwurf zur Verfassung werden, und zwar mittels Ratifizierung durch alle Mitgliedsländer der EU. Deshalb gilt für jedes einzelne Land ein individueller Weg, die Zustimmung oder Ablehnung zu ermitteln.

Auch für die deutsche Verfassung ist ein Referendum, also eine Volksabstimmung, kein Fremdwort. Klar vorgegeben wird in Artikel 29 des Grundgesetzes, wie die Frage formuliert werden muss, über die die Bürger dann abzustimmen haben, wer teilnehmen darf, welche Mehrheiten erforderlich sind und welche Folgen die Abstimmung hat – freilich alles allein bezogen auf eine Neugliederung des Bundesgebietes, wenn sich also mehrere Bundesländer zusammen-

schließen wollen oder einzelne Gebiete anders zugeteilt oder aufgenommen werden sollen.

Obwohl sich die Europäische Union mit der Verfassung im übertragenen Sinne eine neue Grundlage gibt, und obwohl die EU auch in die Hoheitsrechte der Mitglieder eingreift, handelt es sich erkennbar nicht um eine Neugliederung der Bundesländer, wie sie in Artikel 29 des Grundgesetzes beschrieben wird.

Klar geregelt ist im Grundgesetz, wie mit internationalen und europäischen Angelegenheiten zu verfahren ist. Nach Artikel 59 schließt der Bundespräsident im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten. Wird Bundesrecht dabei berührt, müssen Bundestag und Bundesrat wie

„Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnen Grenzen und einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“
(Artikel 3, 2 EU-Verfassung)



Themen zu komplex

Peter Hintze, CDU/CSU

Ich bin aus grundsätzlichen wie auch aus europapolitischen Erwägungen gegen ein Referendum über die künftige europäische Verfassung. Unser Grundgesetz folgt dem Leitbild der repräsentativen Demokratie. Mit gutem Grund haben sich die Mütter und Väter unserer Verfassung dafür entschieden, die Verantwortung für alle grundsätzlichen politischen Fragen in die Hände der gewählten Vertreter des Volkes zu legen. Bei Volksentscheiden wird ein komplexer Sachverhalt – ganz besonders in unserer heutigen Mediengesellschaft – stets auf ein simples „Ja oder Nein“ reduziert. Eine derartige Vereinfachung wird in den allermeisten Fällen weder der Bedeutung noch der Vielschichtigkeit der vorliegenden Sache gerecht.

In den parlamentarischen Beratungen besteht demgegenüber ausreichend Gelegenheit, auch komplexen Sachverhalten die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen. Hier können das Für und Wider nüchtern und in der nötigen Intensität erörtert und gegebenenfalls auf externen Sachverstand zurückgegriffen werden. Dieses Vorgehen hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hervorragend bewährt und erheblich zur Stabilität unserer Demokratie beigetragen. Daran sollten wir auch weiterhin festhalten.

Unabhängig von diesen prinzipiellen Erwägungen sehe ich die große Gefahr, dass das Plus an Bürgernähe, Transparenz und Demokratie in Europa, das wir mit der Verfassung erreichen wollen, mit einer Volksabstimmung im Ansatz verhindert werden könnte. Bei einer Volksabstimmung schlägt häufig die Stunde der politischen Extreme und der Populisten, mithin all derjenigen, die bei regulären Wahlen aus guten Gründen keine Chance haben. Ihnen wird bei Volksentscheiden eine Bühne geboten, auf der sie einfache Antworten geben können, aber keine Lösungen aufzuzeigen brauchen. Für diese Kräfte wäre eine Volksabstimmung ein willkommener Anlass, sich auf Kosten der europäischen Zukunft zu profilieren und latente Ressentiments auf Europa zu lenken.



peter.hintze@bundestag.de
www.peterhintze.info



„Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Ministerrat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus; es erfüllt ferner Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsfunktionen nach Maßgabe der Verfassung. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission.“ (Artikel 19, 1 EU-Verfassung)

bei anderen Gesetzen auch daran mitwirken. Geht es darüber hinaus auf dem Weg zu einem vereinten Europa um völkerrechtliche Verträge, durch die Hoheitsrechte übertragen werden, müssen Bundestag und Bundesrat nach Artikel 23 in Verbindung mit Artikel 79 mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen. Damit ist sichergestellt, dass der Wille der Deutschen in herausragenden Entscheidungen auch zum Ausdruck kommt. Denn um zu einer Zweidrittelmehrheit zu kommen, müssen in der Regel Regierungsmehrheit und Oppositionsminderheit an einem Strang ziehen. Erst recht gilt dies, wenn auch die Zweidrittelmehr-



heit der Ländervertreter im Bundesrat zustimmen muss.

Artikel 20 des Grundgesetzes begründet in diesem Sinne die repräsentative Demokratie. Aber er lässt grundsätzlich zu, dass die allein vom Volk ausgehende Staatsgewalt nicht

„Beschließt der Europäische Rat beziehungsweise der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit, so muss diese der Mehrheit der Mitgliedstaaten entsprechen und mindestens drei Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren.“ (Artikel 24, 1 EU-Verfassung)



Europaweites Referendum

Josef Winkler, Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Europas in einem europaweiten Volksentscheid über die EU-Verfassung abstimmen. Die Verfassung sollte als angenommen gelten, wenn die Mehrheit der Europäer und zugleich drei Viertel der Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Dieser Vorschlag der Europäischen Grünen findet immer mehr Unterstützung. Denn nationale Referenden allein werden der historischen Dimension des gesamt-europäischen Integrationsprozesses nicht gerecht.

Uns ist der europäische Ansatz näher als der nationale. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger für Europa begeistern und werben dafür, dass überall in der EU am gleichen Tag die Menschen über die gemeinsame Verfassung abstimmen. Dieser Akt der Verfassungsgebung bietet die besondere Chance, einen europaweiten Diskussionsprozess zu eröffnen. Zum ersten Mal könnte eine wirkliche europäische Öffentlichkeit entstehen, die über ein gemeinsames Europa diskutiert. Diese historische Gelegenheit darf nicht vertan werden, denn Europa braucht die Anerkennung und Zustimmung der Menschen. Nur durch die aktive Beteiligung an diesem Einigungsprozess wird Europa auch die Herzen der Menschen erreichen.

Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, unser Grundgesetz um direktdemokratische Verfahren zu ergänzen. Die Opposition blockiert eine generelle Regelung, ruft aber im Einzelfall nach dem Volksentscheid. Wir wollen keine Volksentscheide, die von Politikern dem Volk per Gnadenakt oder aus strategischen Überlegungen zugestanden werden. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst das Recht bekommen, initiativ zu werden. Sie sollen selbst bestimmen, über welche Themen sie direkt entscheiden wollen. Ja zu fairen Volksentscheiden – Nein zu populistischen Forderungen.



josef.winkler@bundestag.de
www.josef-winkler.de



„Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt ihre allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten fest. Er wird nicht gesetzgeberisch tätig.“ (Artikel 20, 1 EU-Verfassung)

nur in Wahlen ausgeübt wird, sondern dass auch Abstimmungen möglich sind. Da Volksabstimmungen jedoch auf Bundesebene ausdrücklich nur für den Fall von Länderneugliederungen vorgesehen sind, wäre zunächst zu prüfen, ob vor einem Referendum über die EU-Verfassung in Deutschland das Grundgesetz geändert werden sollte. Auch müssten die Fragen geklärt werden, ob eine Volksabstimmung an die Stelle der hohen Hürden in Bundestag und Bundesrat treten soll, ob die Verfassungsorgane an das Ergebnis des Referendums gebunden sein sollen, ab welchem Grad der Beteiligung eine Volksabstimmung gewertet werden darf und wie deutlich die Zustimmung oder Ablehnung ausfallen muss. Selbst wenn dies alles

geregelt wäre, bliebe offen, welche Konsequenzen aus einem eventuellen Nein eines Referendums zu ziehen sind. Im konkreten Fall: Würde ein Nein Deutschlands zu einer ansonsten angenommenen EU-Verfassung „nur“ die EU blockieren oder zum Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union führen?

Zwei Jahre sind für die Zustimmung der EU-Verfassung durch alle Mitgliedstaaten und durch das EU-Parlament vorgesehen. Acht Staaten wissen jetzt schon, dass sie eine Volksabstimmung abhalten werden: Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien. In zehn Staaten wird es nach dem aktuellen Stand wahrscheinlich keine Referenden geben: in Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Malta, Österreich, Schweden, Ungarn, Zypern und Deutschland, wo der Bundestag in diesem Herbst noch einmal anhand der Verfassungslage den Ratifizierungsprozess diskutieren und bekräf-

tigen wird. Belgien, Estland und Polen werden wahrscheinlich über die EU-Verfassung abstimmen lassen; entsprechende Ankündigungen liegen vor. Noch offen ist das Verfahren in Italien, der Slowakei, Slowenien und Tschechien.

Die völlig unterschiedliche Rechtslage innerhalb der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten erstreckt sich im Detail auch auf die Länder, die per Referendum über die Verfassung abstimmen lassen. Referenden gibt es nämlich in mindestens vier grundsätzlichen Varianten. Auf der einen Seite sind fakultative von obligatorischen Referenden zu unterscheiden. Die einen beziehen sich auf ein vom jeweiligen Parlament bereits beschlossenes Gesetz und können zusätzlich durch eine besondere Initiative hinzutreten, die obligatorischen Referenden dagegen sind zwingend vorgeschrieben und stellen automatisch einen Teil des Ratifizierungsprozesses dar. Auf der anderen Seite werden bindende von nicht bindenden Referenden unterschieden.



Die Bürger beteiligen

Claudia Winterstein, FDP



claudia.winterstein@bundestag.de
www.claudia-winterstein.de

Immer mehr EU-Staaten entscheiden sich für eine Volksabstimmung über den Vertrag für eine Verfassung der Europäischen Union. In Deutschland, dem bevölkerungsreichsten Land der EU, ist eine Abstimmung der Bürger über die zentrale Frage dagegen nicht vorgesehen. Dabei zeigen Umfragen: 80 Prozent der Deutschen sind für eine Abstimmung.

Das deutsche Grundgesetz betont den repräsentativen Charakter unserer Demokratie. Zu Recht, denn seit 55 Jahren sorgt dieser Grundsatz für stabile demokratische Verhältnisse in unserem Land. Gleichzeitig begründet das Grundgesetz aber auch die direkte Teilhabe der Deutschen an politischen Entscheidungen. In Artikel 20 Absatz 2 heißt es, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und neben „Wahlen“ auch in „Abstimmungen“ ausgeübt wird.

Wir sollten den historischen Moment nutzen, um von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Vor uns liegt mit der Europäischen Verfassung ein Jahrhundertwerk, das der direkten Legitimation durch die Bevölkerung bedarf. Die Abstimmung der Bürger über eine derart zentrale Frage wird die Akzeptanz repräsentativer Demokratie stärken. Die FDP hat deshalb eine Grundgesetzänderung vorgeschlagen, die den Weg für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung frei macht.

Die Bedenken mancher Gegner der Abstimmung, die Bürger würden dann nur über die nationale Politik abstimmen, sind kleinlich und mutlos. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgefordert, die fundamentale Bedeutung des Verfassungswerkes in den Vordergrund zu stellen, damit der Vertrag die Zustimmung der Bürger findet.

Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird der Bundestag über den FDP-Antrag zur Änderung des Grundgesetzes abstimmen. Dann haben wir, die demokratisch gewählten Volksvertreter, die Chance, unsere Stimme für ein demokratisches Europa abzugeben.



„Das Europäische Parlament wird von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern für eine Amtszeit von fünf Jahren in allgemeinen, freien und geheimen Wahlen direkt gewählt. Die Anzahl seiner Mitglieder darf 736 nicht überschreiten. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind im Europäischen Parlament progressiv proportional, mindestens jedoch mit vier Mitgliedern je Mitgliedstaat vertreten ...“ (Artikel 19, 2 EU-Verfassung)

In dem einen Fall hat die Regierung keinen Interpretationsspielraum und muss gegenüber der EU so agieren, wie die Mehrheit der Abstimmenden entschieden hat, im zweiten Fall spricht man von einer konsultativen Entscheidung mit einem also eher beratenden Charakter, an die sich die Regierung nicht halten muss.

Die staatsrechtliche und staatspolitische Diskussion orientiert sich überall an den Möglichkeiten der Verfassung. So ist in Griechenland rechtlich ein bindendes Referendum vorgesehen, wenn der Präsident dies nach



Der Verfassungsentwurf wurde im Europäischen Parlament vorgestellt.

Beschluss der absoluten Mehrheit des Parlaments anberaamt. Ein solcher Beschluss ist jedoch nicht zu erwarten. Dagegen liefert die belgische Verfassung keine Rechtsgrundlage für ein Referendum; dennoch will die Regierung das Volk in einem nicht bindenden Votum über die EU-Verfassung abstimmen lassen. Ähnlich liegt die Sache in Großbritannien. In anderen

Staaten kommt es auf die juristische Einstufung der EU-Verfassung an: Wird sie als internationaler Vertrag angesehen, scheidet etwa in Estland ein bindendes Referendum aus. Wird ihr jedoch die Eigenschaft eines Eingriffes in die estnische Verfassung bescheinigt, ist ein Referendum zwingend nötig. Ähnliches gilt unter anderem für Lettland und Litauen.

Infotipps

EU-Referendum

Die unmittelbare Mitwirkung des Volkes an politischen Entscheidungen hat viele Namen: Volksabstimmung oder -begehren, Referendum oder Plebiszit. Insbesondere mit Blick auf die Europäische Verfassung ist das Für und Wider dieser Beteiligung in verschiedenen Dokumenten des Bundestages diskutiert worden – so zum Beispiel im Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission (Drucksache 12/6000, S. 83 bis 86), im Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 14/8503), im Plenarprotokoll der 240. Bundestagssitzung (7. Juni 2002), im Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (Drucksachen 15/1112 und 15/2998) sowie in den Plenarprotokollen der 53. Sitzung (26. Juni 2003) und der 72. Sitzung (6. November 2003).

Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose

SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen für kinderlose Mitglieder der gesetzlichen Pflegeversicherung ab 2005 einen Beitragszuschlag von 0,25 Prozent erheben. Dazu haben sie einen Gesetzentwurf zur Berücksichtigung der Kindererziehung im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung vorgelegt. Die Fraktionen begründen ihre Initiative mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001. Darin heißt es, dass Beitragszahler mit Kindern letztlich einen „doppelten Beitrag“ zur Pflegeversicherung leisten. Für 2005 wird mit Mehreinnahmen von rund 700 Millionen Euro gerechnet. Um eine Erhöhung der Lohnnebenkosten zu Lasten der Wirtschaft zu vermeiden, soll der Zuschlag vom Versicherten, nicht jedoch vom Arbeitgeber gezahlt werden. Die Koalitionsfraktionen schätzen den Kreis der Zuschlagspflichtigen auf rund elf Millionen Mitglieder.
Gesetzentwurf: Drucksache 15/3671

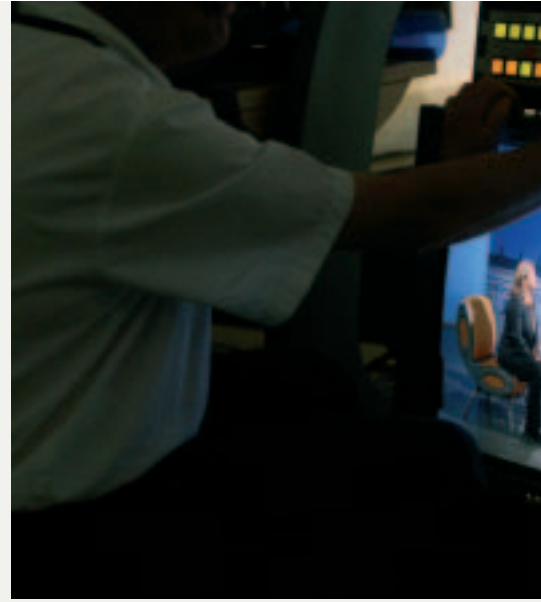
Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren

Die Bundesregierung will mit einem Gesetzentwurf das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren sichern und ausbauen. Die Verpflichtung, nach Bedarf Plätze in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten, und zwar durch die Vorgabe gesetzlich formulierter Kriterien für einen Mindestbedarf, würden damit konkretisiert. Die neuen Regelungen sollen Eltern helfen, Beruf und Erziehung besser zu vereinbaren, denn in der Kinderbetreuung bestehe in Deutschland ein „erheblicher Modernisierungsbedarf“. Von einer bundesrechtlichen Regelung eines Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für alle Kinder unter drei Jahren hat die Regierung abgesehen.
Gesetzentwurf: Drucksache 15/3676

Drucksachen

Die Bundestagsdrucksachen können auf den Internetseiten des Bundestages abgerufen und heruntergeladen werden: www.bundestag.de (Informations-Center). In gedruckter Form erhalten Sie alle Bundestagsdrucksachen bei schriftlicher Bestellung gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Tel. (02 21) 9 76 68-3 40 oder E-Mail: torben.funk@bundesanzeiger.de.
Siehe auch www.parlamentsdrucksachen.de.

Drucksache



Der von Finanzminister Hans Eichel vorgelegte Haushalt 2005 entzweit das Parlament. „Realistisches Schicksalsbuch der Nation“ heißt es auf der einen Seite, „unseriöses Luftschloss“ auf der anderen.

Haushalt 2005: Schicksalsbuch

Blickpunkt: Ist der Etatentwurf eine Anreihung von Lücken, Löchern und Luftbuchungen, wie die Opposition behauptet?

Antje Hermenau: Er ist zunächst einmal eine Art Zustandsbeschreibung der Bundesrepublik Deutschland. Sicher ist nicht alles, was dort aufgeschrieben steht, eins zu eins berechenbar. Es bleiben Unsicherheiten und Risiken. Das hat damit zu tun, dass wir in vielen Bereichen im Umbruch sind. Deshalb kann man weder von Schicksalsbuch noch von Luftschloss reden. Der Haushalt ist die Beschreibung einer Baustelle.

Dietrich Austermann: Wenn Hans Eichel beim letzten Haushalt davon sprach, der sei „auf Kante“ genäht, ist ihm jetzt die Hose geplatzt. Der Haushalt ist derart mit Risiken überfrachtet, dass man nicht mehr erkennen kann, was davon beherrschbar sein soll. Deshalb rate ich, den Haushalt zurückzuziehen und einen neuen, die Risiken richtig bewertenden Etat vorzulegen. Sonst erleben wir immer neue negative Überraschungen.

Blickpunkt: Wäre das eine Lösung, Frau Hermenau?

Hermenau: Nein, Verschiebungen bringen nichts. Es ist politisch wichtig, den Haushalt noch vor Weihnachten zu

verabschieden. Aber richtig ist, dass wir noch einige wichtige Veränderungen vornehmen müssen. Da ist sicherlich auch der Mut der Koalitionshaushälter gefragt.

Blickpunkt: Zeigt der Blick auf den laufenden Haushalt, bei dem trotz einer Neuverschuldung von 29 Milliarden Euro wieder eine zweistellige Milliardenlücke klafft, dass man skeptisch gegenüber den Berechnungen des Finanzministers sein muss?

Austermann: Seit 2002 hat es immer milliardenschwere Abweichungen gegeben. Das hat mit seriöser Haushaltsplanung nichts mehr zu tun. In diesem Jahr werden zwölf bis 15 Milliarden Euro fehlen. Im nächsten und in den folgenden Jahren rechnen wir mit einem strukturellen Defizit von etwa 40 Milliarden Euro. Welchen Sinn macht da noch das Feilschen im Haushaltsausschuss um wenige 100.000 Euro? Das gesamte Zahlenwerk ist in Unordnung!

Hermenau: Es stimmt, dass wir insgesamt einen reichlich großen Rucksack auf den Schultern tragen. Das hat sich seit 30 Jahren aufgebaut. Und alle Parteien sind daran schuld. Wichtig ist, jetzt zu überlegen, wie man das strukturelle Defizit abbaut. Die Ausgabenstruktur des Bundes ist sehr konjunkturanfällig. Wenn die nicht richtig anspringt,



D E B A T T E



BLICKPUNKT BUNDESTAG führte über den Haushaltsentwurf ein Streitgespräch mit der haushaltspolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Antje Hermenau, und dem Haushaltsexperten der CDU/CSU-Fraktion, Dietrich Austermann.

oder Luftschloss?

Das Gespräch führte Sönke Petersen.
Fotos: Phalanx Fotoagentur

potenziert das die Probleme, die man ohnehin schon hat. Deswegen müssen wir raus aus dieser Falle.

Blickpunkt: Eine große Klippe für den Etat ist seine Verfassungsmäßigkeit. Die ist nur gegeben, wenn die Investitionen höher sind als die Neuverschuldung. Im Haushaltsentwurf 2005 liegt gerade mal eine Differenz von 800 Millionen Euro zwischen diesen beiden Polen, zugleich drohen aber durch die Nachbesserungen bei Hartz IV Zusatzbelastungen von 2,2 Milliarden, die Opposition sagt fünf Milliarden Euro. Wie will die Koalition aus dieser Zwickmühle herauskommen?

Hermenau: Das wird genau die heiße Debatte dieses Herbstes werden. Sicherlich wird eine globale Minderausgabe diskutiert werden. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, dass sie fünf Milliarden Euro umfassen könnte. Deshalb wird man noch andere Wege finden müssen. Einfach auf höhere Steuereinnahmen zu setzen, da wäre ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre vorsichtig. Vielleicht müssen wir auch die Debatte um den Subventionsabbau noch einmal aufwärmen.

Austermann: Frau Hermenau beschreibt die Probleme, löst sie aber nicht. Festzuhalten bleibt: Der Haushaltsentwurf

ist nur künstlich verfassungsgemäß. Die Verschuldung wird mit Sicherheit die Verfassungsgrenze übersteigen. Das bedeutet, dass schon die Vorlage verfassungswidrig ist. Ein Finanzminister, der einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegt, hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Mit globalen Minderausgaben werden wir nicht weiterkommen. Wir müssen wirklich an alles ran. Auch an die Subventionen. Allerdings nicht so wie die Koalition, die bei der Kohle im letzten Herbst statt Subventionen zu kürzen, rund 16 Milliarden Euro draufgesattelt hat.

Blickpunkt: Ist ein verfassungswidriger Haushalt nicht eine Bankrotterklärung für die Koalition?

Hermenau: Ich will uns nicht herausreden – aber die Probleme haben sich wirklich seit Jahrzehnten aufgebaut. Die öffentliche Hand insgesamt – egal ob Bund oder Länder – lebt im Durchschnitt ein gutes Drittel über dem, was sie einnimmt. Klar aber ist, dass die Koalition einen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen muss und wird.

Blickpunkt: Setzt Rot-Grün dabei auf das Prinzip Hoffnung?
Hermenau: Nein, wir arbeiten hart für einen ausgeglichenen Haushalt. Und wir haben das Thema Neuverschuldung in der Gesellschaft sogar sehr bewusst problematisiert,



Im Gespräch: Antje Hermenau ...

obwohl wir selbst dabei mit am Pranger stehen. Denn es darf nicht mehr so weiter gehen, dass wir die Gesellschaft überschulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Austermann: Tatsächlich werden uns die Probleme nicht allein lassen. Im nächsten Jahr soll das Defizit ja dadurch gemildert werden, dass Bundesvermögen in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro verkauft wird. Das ist ein ziemlich einmaliger Vorgang, weil so viel Bundesvermögen gar nicht mehr da ist. Und was macht man im Jahr 2006 und danach? So geht es wirklich nicht.

Blickpunkt: Frau Hermenau, sagen Sie bitte, was noch privatisiert werden kann. Ist es nicht voreilig, auch noch das letzte Tafelsilber zu verscherbeln?

Hermenau: Ich gebe zu, dass dies ein riskantes Manöver ist. Ich kann aber nachvollziehen, dass eine SPD, die mit den Hartz-IV-Reformen versucht, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und sich dabei fast an den Rand der eigenen politischen Existenz gebracht hat, auch auf diese Karte setzt. Für mich ist das Problem eher die fehlende Kooperation der CDU/CSU.

Blickpunkt: Trägt die Opposition Mitschuld an der miesen Haushaltslage, weil sie beim Subventionsabbau nicht genügend mitgezogen hat?

Austermann: Der Eindruck ist falsch. Wir haben immer gesagt, dass wir zum Subventionsabbau bereit sind. Wir haben das auch unter Beweis gestellt und Milliardenkürzungen mitgetra-

gen. Leider gelten einige Verabredungen heute bei der Koalition nicht mehr, zumindest nicht beim Finanzminister.

Blickpunkt: Entscheidend für die reale Kassenlage wird die Wirtschaftslage im nächsten Jahr sein. Ist es gerechtfertigt, mit einem Aufschwung und mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen?

Hermenau: Die Minister Hans Eichel und Wolfgang Clement halten ja nicht den Finger nass in den Wind und gucken, woher der Wind weht. Grundlage für den Optimismus sind seriöse Prognosen etwa von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Auch ich glaube daran, dass die Wirtschaft eine Chance hat, sich zu erholen. Das hängt aber auch davon ab, ob die Unternehmer Vertrauen fassen in die finanz- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen und ob diese auch gut und sauber von der CDU/CSU mitvertreten werden. Dann nämlich ist den Unternehmen klar, dass sie nicht mehr revidiert werden, egal was 2006 gewählt wird. Das halte ich für wichtig.

Austermann: Kontraproduktiv zu den Konjunkturoffnungen ist der Zickzackkurs, mit dem die rot-grüne Koalition ihre Reformpolitik verfolgt. Daraus ist ein allgemeines Misstrauen entstanden und das Vertrauen in die politisch Handelnden erschüttert. Wenn wir Glück haben, können wir mit einem Wachstum von maximal zwei Prozent rechnen. Doch das reicht für wirkungsvolle Steuermehreinnahmen nicht aus.

Blickpunkt: Welche Rolle spielt eigentlich noch der Stabilitätspakt? Dreimal in Folge wurde die Defizitgrenze schon gerissen, soll das zum Gewohnheitsrecht auch für 2005 werden?

Hermenau: Natürlich nicht, die Lage ist ja jetzt schon peinlich genug.

Austermann: Brüssel arbeitet ja an einer „Lex Eichel“, die bedeutet, dass Deutschland an einer etwas längeren Leine laufen kann. Ich halte es für einen Skandal, dass wir unsere Finanzen so in Unordnung gebracht haben, dass wir in Europa der entscheidende Sünder sind.



Reden Sie mit beim Thema „Haushalt“:

Dietrich Austermann, CDU/CSU: dietrich.austermann@bundestag.de

Antje Hermenau, Bündnis 90/Die Grünen: antje.hermenau@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

Übertragung auf Web-TV unter www.bundestag.de (Informations-Center)

... und Dietrich Austermann.



PANORAMA



Begegnungen im Parlamentsviertel Sommerpause

Sommer im Berliner Parlamentsviertel. Das bedeutet, dass sich die meisten Abgeordneten um ihre heimatischen Wahlkreise kümmern oder ein paar Wochen Urlaub machen. Der politische Betrieb läuft auf niedrigeren Touren, auf den Straßen rund ums Reichstagsgebäude beherrschen die Touristen das Bild.

Viele Geschäftsleute spüren die Abwesenheit der Hauptakteure. Beim Bundestagsfriseur ist die Zahl der Kunden geringer geworden. Friseurin **Mandy Tonn** erzählt, in den Sitzungswochen kämen die Abgeordneten oft mal zwischendurch für einen schnellen Haarschnitt vorbei. Doch manchmal reiche selbst dafür die Zeit nicht. So könne es vorkommen, dass ein Abgeordneter per Handy zur Abstimmung gerufen werde. Ihr sei einer mal halb frisiert wegelaufen. Nach der Abstimmung habe sie ihr Werk aber vollenden können.

Wenig Betrieb auch in der Parlamentsbuchhandlung, wo **Johannes Neukirchen** gerade einen Kaffee trinkt. Er war früher Leiter der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Bonn, dann lange Jahre Berliner Bevollmächtigter von BMW. Seitdem Neukirchen im Ruhestand ist und wieder in Bonn lebt, kommt er jeden Monat für zwei Tage nach Berlin. „Ganz ohne Berlin geht es nicht“, sagt er. Dieses Mal ist er zu den Abschlusskonzerten des erfolgreichen Sommerfestivals Young Euro Classic in die Hauptstadt gekommen. Das ist für ihn als Mitglied des Trägervereins Ehrensache.



Ben Maderspacher.

Auch Buchhändler **Ben Maderspacher**, der schon 1973 als Schüler in Bonn bei der Parlamentsbuchhandlung aushalf, spürt die Abwesenheit seiner besten Kunden. Zwar seien so viele Touristen in der Stadt wie nie zuvor, doch von ihnen kämen nur wenige in die Wilhelmstraße mit den Gebäuden des Bundestages. Gut, dass Maderspacher sich

aufgrund seiner guten Beziehungen immer handsignierte Bücher der politischen Prominenz beschaffen kann. Diese Exemplare verkaufen sich auch jetzt ganz gut. Zurzeit sind der Bundespräsident, der Kanzler und die Oppositionsführerin im Angebot. Nicht ganz so gut gehen die Postkarten mit Porträts früherer Spitzenpolitiker wie Theodor Heuss, Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. „Das liegt auch daran, dass kaum noch jemand deren Namen weiß. Die kennen Harald Schmidt, aber nicht Helmut Schmidt“, sagt Maderspacher.

Bessere Geschäfte macht **Ulf Haeger**, Student und Velotaxifahrer, der am Pariser Platz auf Kunden wartet, während sich zwei phantasievoll kostümierte menschliche Statuen meist bewegungslos dem Publikum präsentieren. Haeger berichtet, viele Touristen nutzten die Gelegenheit, gemächlich durchs Parlamentsviertel gefahren und über die Sehenswürdigkeiten informiert zu werden. 15 Euro macht die halbe Stunde für zwei Personen.

Nur wenige Minuten benötigt er für die Fahrt zum Schlossplatz, wo für zweieinhalb Monate die Ruine des Palastes der Republik zum Leben erwacht ist – das letzte Mal vor dem im nächsten Jahr geplanten Abriss. Theatermacher, Architekten, Choreografen, Autoren haben in dem Gebäude, in dem die erste frei gewählte Volkskammer 1990 den Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen hatte, das Projekt „Volkspalast“ ins Leben gerufen. Mal wollen sie den Palast unter Wasser setzen und durchs Gebäude per Schlauchboot Besucher schippern, die auch ihre eigene Fassade gestalten können, mal wollen sie drei Filme mit drei unterschiedlichen Erzählsträngen einer Story auf transparenten Projektionsflächen gleichzeitig zeigen, mal wollen sie das Publikum in einen „Bal Moderne“ einbeziehen. Das Experiment Volkspalast wolle „aus dem Rohen und Unfertigen mit viel Improvisation einen Vorschlag machen für die Belegung des Zentrums jenseits von Rummel, Verkaufsständen und Shopping Malls“, sagt die künstlerische Leiterin **Amelie Deuffhard**. KL

Velotaxis vor dem Bundestag.





Drei Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

Herr Türk, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Ich arbeite zwar in Berlin, habe aber in der Regel wenig Zeit, mich hier intensiver umzusehen. Daher kommt es, dass mein Lieblingsort in unmittelbarer Nähe des Bundestages liegt: Es ist ein kleines asiatisches Bistro im Bahnhof Friedrichstraße, in dem ich oft und gern vor Abfahrt meines Zuges in Richtung Heimat noch etwas esse. Es geht schnell, schmeckt und ist zu allem Überfluss auch noch preiswert. Kaum hat die Chefin mich in der Schlange entdeckt, ruft sie ihren Köchen zu „A 4!“, das ist das Gericht, auf das ich mich mittlerweile „spezialisiert“ habe. Da fühlt man sich natürlich gleich willkommen und angenommen.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Ich bin nicht nur Bundestagsabgeordneter, sondern auch Mitglied des Kreistages Spree-Neiße. Deshalb hat es mir das Optionsmodell der „Hartz-IV-Reform“ besonders angetan, demzufolge Kreise einen Antrag stellen können, der es ihnen erlaubt, künftig ihre Langzeitarbeitslosen selbst zu betreuen. Ich halte das für einen guten Ansatz, um diese Menschen schneller in Lohn und Brot zu bringen. Auch für den Kreis hat das einen positiven Effekt: Es werden Sozialhilfekosten eingespart. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass sich unser Kreis für das Optionsmodell entscheidet. Der Main-Kinzig-Kreis macht schon seit Jahren vor, wie so etwas funktionieren kann. Ich möchte deshalb unserem Kreistag vorschlagen, dort hinzufahren und sich vor Ort ein Bild zu machen, wie man eine solche Aufgabe mit Erfolg anpacken kann.

Jürgen Türk, Jahrgang 1947, ist seit 1990 für die FDP im Bundestag. Er ist Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Jürgen Türk ist verheiratet und hat zwei Kinder. juergen.tuerk@bundestag.de www.juergen-tuerk.de

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Kürzlich war ich mit meinem siebenjährigen Enkel Pilze sammeln. Unsere Ausbeute war kläglich, ganze fünf Pilze lagen im Korb. Da meinte mein Enkel: „Dann nehmen wir eben Blaubeeren, das sind bestimmt mehr als 100!“ Da musste ich lachen, weil er sich so gut zu helfen wusste.



Welches Buch lesen Sie gerade?

Krista Sager: „Ich lese ‚Der Besuch des Leibarztes‘ von Per Olov Enquist.“

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Zu meinen Lieblingsbüchern zählt ganz zweifellos „Der Besuch des Leibarztes“ von Per Olov Enquist. Das Buch erzählt die Geschichte eines Arztes aus Altona, der als Aufklärer und Reformers an den Hof des dänischen Königs gelangt. Hier herrschen Zwänge und Intrigen, die der Arbeit des deutschen Arztes Struensee wenig wohlwollend gegenüberstehen.

Der Leser erhält auf diese Weise nicht nur einen Einblick in die Verhältnisse an einem absolutistischen Hof, sondern bekommt zudem eine interessante Lebens- und Liebesgeschichte beschrieben. Enquist zeichnet die

verschiedenen Charaktere mit tiefer Empathie nach. Da ist der vermeintlich schwachsinnige König, dessen Erziehung so angelegt war, ihn nie zu einer starken Persönlichkeit werden zu lassen, und der sein einziges Glück in den Armen der Prostituierten Stiefel-Caterine findet. Diese Beziehung kann aber nur ebenso schicksalhaft verlaufen wie die der jungen und in Dänemark fremden Königin, die zusammen mit ihrem Geliebten Struensee schließlich ein Kind bekommt. Es ist diese Mischung aus einem tiefen psychologischen Hineingehen in die einzelnen Figuren und der klugen Auseinandersetzung mit politischen und philosophischen Fragen, die das Buch zu einem echten Bestseller machen.

Das Buch begeistert als politisch-philosophischer, psychologischer und sozialpsychologischer Roman. Dabei ist es Enquist gelungen, mehrere literarische Gattungen in einem Buch zu vereinen. Für mich war das Buch ein echter Schlafkiller.

Für jemanden, der selbst Politik macht, ist es besonders spannend, zu sehen, wie die Ziele Vernunft und Freiheit ins Verhältnis gesetzt werden zu dem Einsatz von Machtmechanismen und auch dem persönlichen Umgang mit Macht. Struensee, der es schließlich zum alleinigen Regenten im Staat bringt, scheitert letztendlich mit seiner Fülle an gut gemeinten Reformen.

Daraus lassen sich Fragen ableiten, die heute ebenso aktuell und brisant sind wie zu Zeiten des Absolutismus und das Buch somit zu einem zeitlosen Klassiker machen.

Per Olov Enquist, Der Besuch des Leibarztes, Carl Hanser Verlag, München 2001. Krista Sager, Jahrgang 1953, ist seit 2002 im Bundestag. Seitdem ist sie Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und leitet diese zusammen mit Katrin Göring-Eckardt. krista.sager@bundestag.de www.krista-sager.de



Umbau im Parlamentsviertel Platte Sache

Sie waren in Berlin die letzten zu DDR-Zeiten errichteten Plattenbauten und hatten die Adresse Luisenstraße 22-30 und Schiffbauerdamm 25. Obwohl geradezu in der Mitte der Stadt errichtet, lagen sie zu Beginn nur einen Steinwurf entfernt vom Ende der Hauptstadt der DDR. Gleich nebenan war Grenze, Niemandsland, städtische Wüstenei, in der das Reichstagsgebäude auftrug wie ein Solitär.

Gebaut wurden die Plattenhäuser für 20 Millionen DDR-Mark aus 3.700 Betonteilen, die sich zu 162 Wohnungen fügten. In denen lebten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des damaligen Dom-Hotels. 1990 sagte man wie heute noch: „Ich wohne in der Platte.“ Nur meinten die, die es sagten, Komfortwohnung. Denn das Wasser kam warm aus der Wand und die Wärme von irgendwoher, und die Fenster schlossen dicht, und hell war es auch – genormter Grundriss hin oder her.

14 Jahre standen die Häuser, dann kamen Abrisskräne, um sie Platte für Platte abzutragen. Zu spät, um noch das ursprünglich länger geplante Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages bis an die Luisenstraße zu bauen.

Schön ist sie nie gewesen. Aber mit dem Bau der neuen Häuser des Bundestages, vor allem des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses, wurde die „braune Platte“ plötzlich richtig hässlich. Traurig für die, die sich darin eingerichtet hatten, ein Dorn im Auge für jene, die Stadtlandschaft unter ästhetischen Gesichtspunkten betrachteten.

Nun ist der Abriss beendet, die 3.700 Plattenelemente werden recycelt, und die in ihnen wohnten, haben anderswo Quartier bezogen. Zunächst wird am Ort eine Grünfläche entstehen, dann sieht man weiter. Künftig werden Stadtführer mit dem Finger auf die Fläche zeigen und erzählen, was hier einst gestanden hat. Und nur wenige werden es sich vorstellen können.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: Sylvia Bohn





Parlamente in Europa

Wo ein Marschall das Parlament leitet



Das polnische Parlament (Sejm) in Warschau.

Eine Uniform trägt er nicht, dafür hat er seine eigene Garde – der Marschall des polnischen Sejms. 115 Mann ist sie stark, und sie war in der ersten polnischen Republik in einem Kreis von einer polnischen Meile oder gut sieben Kilometern rund um das Parlamentsgebäude die Staatsmacht. Heute schützt die Garde nur noch das Parlamentsgebäude selbst und setzt, wenn nötig, auch den Willen des Präsidenten im Plenarsaal durch. Auch in jüngster Vergangenheit kam es vor, dass die Garde renitente Abgeordnete aus dem Saal tragen musste.

Die Bezeichnung Marschall trägt der Präsident des Sejms noch aus den Anfängen der polnischen Volksvertretung im 15. Jahrhundert. Damals leitete der „Große Kronmarschall“ im Namen des Königs die gemeinsamen Sitzungen von Senat und Abgeordnetenversammlung, der beiden Häuser des Sejms. Als Insignie der Macht im Hohen Haus steht noch heute ein mannshoher Marschallstab neben dem Sitz des Sejm-Präsidenten.

Vertreter des Staatsoberhauptes ist der Parlamentspräsident auch in der Republik geblieben. Heute ist der Marschall des Sejms nach dem Präsidenten der zweite Amtsträger im Staat. Stirbt der Präsident oder tritt

er zurück, dann übernimmt er bis zu einer Neuwahl seine Funktionen. Er überwacht auch die Wahl des Präsidenten.

Im Sejm gehen seine Rechte über die bloße Leitung der Sitzungen hinaus. Er kann eine spontane Debatte im Parlament anberaumen. Wird ein Änderungsantrag im Plenum eingebracht, ohne dass er in den Ausschüssen debattiert wurde, dann entscheidet der Marschall, ob über den Antrag abgestimmt wird. Und will der Präsident der Republik das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben, dann muss er zuvor den Marschall konsultieren.

Text: Matthias Rumpf

Foto: picture-alliance

Daten und Fakten

Ländersname: Republik Polen
EU-Beitritt: 2004
Währung: Zloty
Hauptstadt: Warschau
Bevölkerung: 38,6 Millionen
Staatsform: Republik,
Zweikammerparlament
Parlament: Sejm (460 Abgeordnete), Senat (100 Sitze)

Weitere Informationen unter
www.sejm.gov.pl

I M P R E S S U M

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion:

Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion:

Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-200,
Fax: (030) 650 00-222
E-Mail: lantermann@media-consulta.com

Koordination:

Herbert Fleischhauer
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung:

Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction:

Hans-Dieter Großjohann, Tobias Niering

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Ivan Perez

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Sarina Neumann
Fax: (030) 65 000-350
E-Mail: s.neumann@media-consulta.com

Druck:

Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 27. August 2004

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet unter
www.bundestag.de
oder www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit
Quellenangabe kann kostenlos
vorgenommen werden, jedoch wird um
Zusendung eines Belegexemplars gebeten.
Die Beiträge in den Rubriken Essay und
Forum geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Sylvia Bohn: S. 47; ddp: S. 38;
Deutscher Bundestag: S. 25, 31, 37,
39 (unten), 40, 46;
Karl-Heinz Döring (Grafik): S. 18-19, 23,
25, 26, 27, 28, 29, 30, 37;
Birgit Kentler (Logo): 37-43;
Phalanx Fotoagentur: S. 42-43;
Picture-Alliance: S. 16 (Mitte), 17, 18, 19,
20, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 36, 39
(oben), 41, 45, 48; Privat: S. 3;
studio kohlmeier: Titel, S. 1, 2, 4-15, 16
(oben), 33-35.

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

www.blickpunkt-bundestag.de